

Politische Berichte



- S. 3 Wahlwochenende: PDS erhält Mandate und Probleme
- S. 6 G8-Gipfel bringt „Nahost-Initiative“ auf den Weg
- S. 12 Kampf um kommunalen Einfluss im Krankenhauswesen
- S. 15 Ohne öffentlich geförderten Beschäftigungssektor geht es nicht
- S. 21 Zur Menschenrechtslage in der Türkei
- S. 23 Einladung zur Linken Sommerschule 2004 in Sondershausen (Thüringen)



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
— ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansen.net.de — Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN-Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 624701, Fax: 0711 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de — Harald Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 . Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 „Sozialabo: 46,80 . Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

— zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen
o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)
o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)
o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)
o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)
o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:
Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

ÄRZTE WOLLEN KEINE ABSCHIEBUNGSGEHIRLFEN SEIN. Beschlussprotokoll des 107. Deutschen Ärztetages vom 18.-21. Mai 2004 in Bremen: Begutachtung der Rückführungsfähigkeit von Ausländern. Auf Antrag von Frau Dr. Auerswald (Drucksache VI-80) fasst der 107. Deutsche Ärztetag folgende Entschließung:

Der Vorstand der Bundesärztekammer wird beauftragt, Empfehlungen zur Erstellung von Gutachten oder Stellungnahmen zur (gesundheitlichen) Rückführungsfähigkeit von Ausländern, die zur Ausreise verpflichtet sind, zu erarbeiten. Diese ärztlichen Gutachten/Stellungnahmen spielen im Rahmen aufenthaltsrechtlicher Streitverfahren eine entscheidende Rolle. In diesem Zusammenhang ist die Beschränkung einer medizinischen Begutachtung auf bloße „Reisefähigkeit“ eindeutig abzulehnen, da sie nicht mit den ethischen Grundsätzen ärztlichen Handels vereinbar ist. Der Gesetzgeber wird aufgefordert, die Grundlage dafür zu schaffen, dass eine kompetente, umfassende und der ärztlichen Sorgfalt entsprechende Begutachtung zu jeder Zeit der Inanspruchnahme bei der Rückführung von Ausländern sichergestellt wird.

Begründung: Gesundheitliche Aspekte sind in jüngerer Vergangenheit zunehmend in den Blickpunkt ausländerrechtlicher Verfahren geraten. Medizinische Gutachten werden in diesem Zusammenhang vor allem von Ausländerbehörden und Verwaltungsgerichten vermehrt angefragt. Die Innenministerkonferenz hatte im Jahr 2002 versucht, die Ärzteschaft im Sinne bedarfsgerechter Erstellung von Flugtauglichkeitsbegutachtungen zu instrumentalisieren. Entsprechende Kritik wurde auf den letzten Ärztetagen wiederholt geübt. Dennoch mehren sich Berichte über ärztliche Beihilfe zu Abschiebungen. Diese umfasst u. a. Flugbegleitung, Beschränkung auf die Bescheinigung von Flugtauglichkeit — die sowohl inländische als auch Ziellandaspekte der weiteren Versorgung kranker Menschen außer acht lässt — und Erstellung fachlich unzureichender Gutachten, z. B. ohne Zuhilfenahme von Fachdolmetschern, ohne Qualifikation im Bereich Psychotraumatologie etc. (näheres hierzu s. z. B. Gierlichs, Deutsches Ärzteblatt 2002, 2148 und 2003, 2198).

Notwendig ist deshalb eine Leitlinie, die u. a. die geforderte fachliche Qualifikation des/der Gutachter/s (vgl. Aufforderung des 105. Deutschen Ärztetages an die Bundesärztekammer zur Erstellung eines entsprechenden Curriculums zur Gutachtenerstellung bei psychisch traumatisierten Flüchtlingen), die Gewährleistung seiner Unabhängigkeit, den Ablauf einer solchen Untersuchung und inhaltliche Forderungen an ein solches Gutachten (Fachdolmetscher, ausführliches Gespräch, Berücksichtigung kultureller Hintergründe; verlässliche

Kenntnisse über Gesundheitswesen, Behandlungsmöglichkeiten, sowie Behandlungs- und Lebensbedingungen im Zielland, keine Beschränkung auf bloße Reisefähigkeit wie z. B. Flugtauglichkeit) festschreibt. Als ein wichtiger Bestandteil der Empfehlung wären u. a. die von der Arbeitsgruppe „Standards zur Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen“ erstellten Standards anzusehen.

Die gegenwärtige Vorgehensweise und Inanspruchnahme, erschwert den Zugang zu einer ausreichenden ärztlichen Beurteilung. Die betroffenen Personen werden von dazu nicht qualifizierten Sachbearbeitern der Ausländerbehörden unter unzureichenden Umständen zu verbindlichen Aussagen über ihre Gesundheit befragt — Fragen, die sie oft dort und zu diesem Zeitpunkt nicht beantworten können. Die Betroffenen sind durch Unwissenheit über ihre Krankheit, eine krankheitsbedingte Verdrängung (posttraumatische Störung) oder Behinderung oder aufgrund ihrer allgemeinen Lebensumstände (z. B. Alter) oft gehindert, die im praktizierten Verfahren zu einem bestimmten Zeitpunkt geforderten Angaben zu machen.

BEHINDERTE SOLLEN ZAHLEN. Der Sozialverband Deutschland (SoVD) hat scharfen Protest gegen zwei Vorhaben eingelegt, mit denen behinderte Menschen zur Kasse gebeten werden sollen: Das Bundessozialministerium will die kostenlose Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel für Behinderte stark einschränken. In Zukunft sollen sie nur noch in Bussen und Bahnen innerhalb des Nahverkehrsverbundes ihres Heimatortes kostenlos fahren. Die bundesweite kostenlose Nutzung des Nahverkehrs soll wegfallen. Im Fernverkehr soll die kostenlosen Mitnahme der Begleitperson abgeschafft werden. Einsparvolumen: 17 Millionen Euro.

Außerdem soll die Rundfunkgebühren-Befreiung für Behinderte künftig nur noch für Bedürftige gelten. Dieser Vorschlag aus Nordrhein-Westfalen wird von den Ministerpräsidenten der Länder am 17. Juni beraten. Das würde für die Sender Mehreinnahmen von 105 Millionen Euro jährlich bedeuten.

KEINE CHANCEN. Das Deutsche Studentenwerk (DSW) beklagt die fehlende Chancengleichheit junger Menschen bei der Aufnahme eines Hochschulstudiums. Zwischen sozialer Herkunft und der Entscheidung für ein Hochschulstudium besteht ein „alarmierender“ Zusammenhang, sagte DSW-Präsident Hans-Dieter Rinkens bei der Vorstellung der 17. Sozialerhebung des Studentenwerks am Mittwoch in Berlin. Er mahnte, die Verwirklichung der Chancengleichheit müsse Kernaufgabe einer modernen Bildungspolitik bleiben (siehe dazu auch Artikel Seite 8).

Zusammenstellung: alk

PDS erhält Mandate und Probleme

Die Wahlen des vergangenen Wochenendes zeigen eine Gesellschaft im Umbruch. Das herausragende Ergebnis ist die Entwicklung der PDS im Osten. Die Stimmanteile, die hier erreicht wurden, zeigen erstmals an, dass die politisch interessierte Bevölkerung bezweifelt, dass der Vorrang der Marktwirtschaft den Ländern im Osten eine Entwicklungschance bietet. Die PDS ist die einzige Partei, die den Vorrang der Kapitalinteressen bestreitet. Sie ist damit die einzige Partei, die eine Debatte über eine neue, auf öffentliches, gemeinnütziges, kommunales und genossenschaftliches Wirtschaften abgestützte Entwicklungsstruktur überhaupt zulässt. Die politische Struktur, die sich in den Ostländern jetzt abzeichnet, schafft auf der Ebene des politischen Systems eine Konstellation, in der die Hegemonie der Kapitalinteressen prinzipiell nicht mehr besteht. Eine solche Hegemonie könnte nur Bestand haben, wenn alle wesentlichen Kräfte, die die Organisation der politischen Ordnung teilnehmen, unumstößlich an ihr festhalten. Die neue Konstellation auf der Ebene der Länder bringt aber keineswegs automatisch entsprechende Entwicklungsstrategien hervor. Andererseits werden die verschiedenen Ansätze, die in Gestalt von Landesentwicklungsplänen, Perspektivpapieren usw. die PDS tragen, eine ganze andere Öffentlichkeit genießen, in deren Diskussion sich dann herausstellen muss, ob neue Konzepte des Wirtschaftens Entwicklungschancen bieten und mehrheitsfähig sind. Die jetzt entstandene Situation darf nicht mit der Konstellation gleichgesetzt werden, die etwa in Mecklenburg-Vorpommern oder gar im Land Berlin gegeben ist. Das sind Konstellationen, die von der sozialdemokratischen Annahme getragen werden, dass durch geeignete Vorleistungen des Staates die um den Fixstern der Kapitalinteressen kreisende Gesellschaft in Konjunktur versetzt werden kann.

Die SPD hat nicht nur bei der Landtagswahl im Osten verheerend verloren, sondern auch bei den Europawahlen im Westen. Umfrageergebnisse zeigen, dass die Verluste sich daraus ergeben, dass SPD-Politik die Funktion nicht mehr erfüllen kann, um derentwillen sie gewählt wurde. So schreibt Frau Professor Dr. Renate Köcher vom Allensbach-Institut in der FAZ vom 16.6.04 unter der Überschrift „In der Regierungsverantwortung verliert die SPD ihre Identität“. Sie führt weiter aus:

„Im Zuge der ihr durch die Probleme aufgezwungenen Reformen büßte die SPD immer mehr das Vertrauen ihrer Klientel darauf ein, dass das sozialdemokratische Credo noch Gültigkeit besitzt. Nur 18 Prozent der Bevölkerung und nur

noch 32 Prozent der Anhänger der SPD haben den Eindruck, dass die SPD sich bei ihrer Reformpolitik auch an dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit orientiert und sich bemüht, die Lasten sozial ausgewogen zu verteilen. Es ist nicht gelungen zu vermitteln, dass die Reformen im Interesse aller Bevölkerungsgruppen und -schichten liegen. Die überwältigende Mehrheit sieht Nutznießer und Betroffene der Reformen strikt getrennt, als Nutznießer in erster Linie den Staat, die ‚Reichen‘ und die Unternehmer, als Reformopfer dagegen die Älteren (71 Prozent), Armen (70 Prozent), Geringverdienenden (69 Prozent) Arbeitslosen (58 Prozent), Familien mit Kindern (57 Prozent), die Jüngeren (52 Prozent) und die Arbeitnehmer insgesamt (56 Prozent)...)

Im Spätsommer des letzten Jahres zählten 53 Prozent der Bevölkerung die ältere Generation zu den Hauptbetroffenen, jetzt 71 Prozent, sozial Schwache rechneten im letzten Jahr 59 Prozent, jetzt 70 Prozent zu den Reformopfern. Familien mit Kindern 57 Prozent. Dies liegt so quer zu allem, was gerade eine sozialdemokratisch orientierte Wählerschaft von ihrer Partei erwartet, dass der erdrutschartige Verfall ihrer Wählerbindungen und -motivation unausweichlich war.“

Frau Köcher führt diese Entwicklung auf die anhaltende Wachstumsschwäche der Wirtschaft zurück. Dem kann man sich anschließen, allerdings mit der Anmerkung, dass die Grundstruktur der SPD-Politik gerade auf der Annahme beruht, es sei möglich, durch staatliche Interventionen Wirtschaftswachstum als Grundlage des Sozialstaates zu gewährleisten. Auf dieser Annahme beruht die Fähigkeit der Sozialdemokratie, ihre Klientel zu Zurückhaltung und Verzicht zu bewegen, weil und soweit es dann wieder der Konjunktur nützt.

Das war die Konstante sozialdemokratischer Politik, die sich in der Erfahrung der Nachkriegszeit mehr als ein halbes Jahrhundert lang festigte. Und nicht nur sozialdemokratischer, sondern auch christlich-sozialer Politik und sozialliberaler Politik. Das Vertrauen in diese Grundkonstante ist schwer erschüttert, noch mögen viele der Enttäuschten annehmen, dass es nur diese Regierung ist, die „es nicht kann“. Aber die personellen und sachlichen Alternativen liegen ja keineswegs zum Greifen nahe da.

In dieser Konstellation triumphierten die Grünen. Sie konnten Wähler gewinnen, weil die soziale Differenzierung der Gesellschaft eben nicht nur Verlierer produziert, sondern auch Gewinner, die gleichwohl darauf Wert legen, nicht einfach im Kielwasser der Kapitaleigner und Reichen zu schwimmen. Dazu

kommt, dass die Entwicklung der Öko-Industrie in der BRD Exportchancen und ein interessantes Zusammenspiel von internationaler und EU-weiter Vorschriftengabe und Entwicklung dieses neuen Geldes ermöglicht. Die explosionsartige Ausdehnung der Grünen geht mithin ebenfalls auf eine Veränderung gewisse Grundannahmen zurück, die die Partei bisher nicht ausschließlich, aber eben auch getragen haben. Sie ist von der Bereitschaft getragen, Vorteile, die das System der Kapitalverwertung bietet, rücksichtslos auszunutzen. Diese Rücksichtslosigkeit hat sich außenpolitisch gezeigt in der Bereitschaft zum Angriff auf die Jugoslawische Republik mit dem Ziel der Zerstörung ihrer politischen Ordnung. Sie manifestiert sich in der Afghanistanpolitik. Sie manifestiert sich zunehmend in der Sicherheitspolitik und in der Ausländer- und Asylpolitik. Die Grünen befinden sich im Moment in der komfortablen Lage, das alte Lied der Besitzstandswahrung mit dem Flair der Modernisierung zu verbinden, diese Konstellation ist aber instabil.

Die PDS hat im Westen ihre Position im Parteiengefüge verteidigt und teils ausgebaut. Schaut man allerdings auf Städte, in denen die PDS bei der Europawahl im Grunde stagnierte oder sogar verlor, kriegt man eine im negativen Sinn beeindruckende Liste, Berlin, Hamburg, Frankfurt, Mannheim, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Stuttgart, München. Selbst wenn in diesen Städten in der Bilanz alles so ungefähr beim Alten blieb, gab es erhebliche Verschiebungen, nämlich Verluste in den Hochburgen der Grünen und Zugewinne in Wohnbezirken mit niedrigem Einkommen. Diese Beobachtung deckt sich mit der Erfahrung, dass die Politik der PDS in der gesellschaftskritischen Diskussion besonders der Jüngeren an Ansehen verloren hat. Kampagnen mit Schlagworten wie „es reicht“ bessern da nichts. In dieser ziemlich klar erkennbaren Schwäche der PDS stecken große Probleme. Die Partei muss im Kampf um die öffentliche Meinung der Tendenz zur zynischen Vorteilsnahme, die breit aufwächst, eine Konzept entgegensetzen, das, dem Ziel der Solidarität verpflichtet, eine Kritik des verwertungsorientierten Gesellschaftssystems ermöglicht und darüber hinaus auch noch die Möglichkeit konstruktiver Reformpolitik sieht.

Dazu ist politische Praxis nötig, und auch deswegen kann man kaum hoch genug einschätzen, dass die stärker oder schwächer auf sozialistische, linke Politik bezogenen Listen bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg ihre Positionen verteidigen und ausbauen konnten (siehe Tabelle nächste Seite).

Kommunalwahlergebnisse der PDS in Baden-Württemberg								
Ort	Größe des Gremiums	Stimmen	Prozent	Mandate	gewählt	Ergebnis 1999	PDS-Europa 2004	
Karlsruhe	48	103.686	2,6%	1	Niko Fostopoulos	2,2%	1 Mandat	EU: 2,1% +0%
Konstanz	40	33.095	3,5%	1	Michael Venedey	2,4%	1 Mandat	EU: 2,2%
Stuttgart	60	187.412	1,8%	1	Ulrike Küstler	1,7%	1 Mandat	EU: 1,9% +0% Region: 1,7%
Region Stuttgart	80-90	9.238	1,0%	0		0,0%	0 Mandat	umfasst Stuttgart + 5 Landkreise
Tübingen	48	115.212	8,6%	4	Gerhard Bialas, Anton Brenner, Gerlinde Strasdeit, Günter Kehrer	6,9%	3 Mandate	EU: 4,8% +0,9%
Tübingen, Kreistag	21	48.349	7,8%	2	Gerhard Bialas, Anton Brenner,	6,5%	1 Mandat	
Offenburg, Kreistag	11	3.835	2,0%	0		0,0%	0 Mand.	EU: 1,64% +0,5%
andere linke Listen mit PDS-Beteiligung								
Mannheim, LiLiMA	48	87.829	2,3%	1	Gudrun Kuch	DKP: 1,5%	0 Mandat	EU: 2,02% -0,1%
Heidelberg Bunte Linke	40	55.911	3,1%	1	Dr. Arnulf Weiler-Lorentz	PDS: 2,5%	1 Mandat	EU: 2,2% -0,3%
Freiburg, Linke Liste solidarische Stadt	48	199.822	6,3%	3	Michael Moos, Hendrik Guzzoni, Ulrike Schubert	Linke Liste/Friedensliste 4,2%	2 Mandate	EU: 2,6% -0,4%

Etwas näher soll auf das Stuttgarter Ergebnis eingegangen werden. Hier erzielte die PDS 1,8% und damit ist Ulrike Küstler wieder in den 60-köpfigen Rat gewählt. Die PDS hatte hier eher mehr Konkurrenz als bei der Wahl 1999: die trotzkistische SAV und eine MLPD-nahe Liste kandidierten und erhielten zusammen 0,5%; die Bündnisliste „Stuttgart ökologisch sozial“ aus der ödp, aber auch mit einigen Gewerkschaftern und Vertretern der griechischen und italienischen Gemeinde, erhielt 1,7% und damit ebenfalls ein Mandat.

Auch bei der Kommunalwahl scheint, so deuten die ersten Stadtteilergebnisse an, haben bedeutende Änderungen im Wählerfeld stattgefunden. Wo die Grünen sehr stark sind, stagnierte oder sank der PDS-Stimmenanteil bei der Kommunalwahl, z.B. in Stuttgart-Mitte von 3,4 auf 2,2%. Dagegen stieg er in Wohnvierteln mit relativ hohen Anteilen von Arbeitern, ausländischer Wohnbevölkerung und Sozialhilfebeziehern, wo die Grünen schwache und die SPD stärkere Ergebnisse hat, z.B. in Stuttgart-Zuffenhausen von 1,7 auf 2,6%. Also auch bei den Kommunalwahlen, so scheint es, gab es Verluste bei den jüngeren Wählern und der Intelligenz.

Der Erfolg der Europa-Liste bringt Chancen und Verpflichtungen mit sich. Da ist zum einen die Entwicklung der europäischen Linkspartei, die Möglichkeiten enthält, der gefährliche Entwicklung der Standortkonkurrenz etwas entgegenzusetzen, hier wird besonders die Vermittlung von Diskussion in den metropolitanen Räumen im Sinne der solidarischen Stadt eine Aufgabe.

alk, maf

Stellungnahmen der PDS

Lothar Bisky: Ab heute beginnt der Kampf um den Wiedereinzug in den Bundestag

Wir werden nach den besten Wahlergebnissen auf Bundes- und Landesebene nicht übermütig, sondern beharrlich daran arbeiten, weiter das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurück zu gewinnen, erklärte Lothar Bisky vor den Medien in Berlin.

Die PDS ist mit einem Wahlergebnis, das ihr viele nicht zugetraut haben, in die Bundespolitik zurückgekehrt. Mit 6,1% bei der Europawahl und 26,1% bei der Landtagswahl in Thüringen haben wir die bis jetzt überhaupt besten Ergebnisse auf Bundes- und Landesebene erreicht. Die PDS ist die einzige Partei, die ihre Wahlziele in vollem Umfang erreicht hat – die absolute Mehrheit der Mandate für die CDU in Thüringen konnte die PDS im Alleingang nicht brechen, aber mit -8% ist sie auch alles andere als strahlend. Wir haben mit harter Arbeit, glaubwürdigen politischen Angeboten, überzeugenden Kandidatinnen und Kandidaten und ehrlicher Politik Vertrauen wieder zurückgewonnen, das wir bei den Bundestagswahlen verloren hatten. Damit ist die erste Etappe auf unserem Weg in Fraktionsstärke zurück in den Bundestag erfolgreich bestanden – die PDS hat sich konsolidiert und gezeigt, dass sie Wahlen wieder gewinnen kann.

Wir werden nicht übermütig werden, sondern diesen Weg beharrlich und mit

Ausdauer fortsetzen. Die Wählerinnen und Wähler können sich darauf verlassen, dass wir die Lektion von 2002 gelernt haben. Ab heute beginnt für die PDS der Kampf um den Wiedereinzug in Fraktionsstärke in den Bundestag.

Mit dem Abschneiden der PDS wurde deutlich:

1. Die Basis für den Erfolg der PDS liegt im Osten. So wie wir hier zu neuer Stärke finden, gewinnen wir zugleich an bundespolitischem Gewicht und Ausstrahlung. Mit ihrem Votum, die PDS im Osten klar zur zweitstärksten Kraft zu machen, haben die Wählerinnen und Wähler signalisiert, dass sie endlich von der Politik ernst genommen werden wollen und statt mit Versprechungen und heißer Luft abgespeist zu werden, an einem Aufbau Ost mitwirken wollen, der hält, was er verspricht und verspricht, was er halten kann. Unsere Aufforderung, die Lage nicht mehr schönzudenken, sondern mit schonungslosem Realismus zu analysieren und daraus die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen, bleibt bestehen. Die Weichenstellungen für einen neuen Anfang im Osten müssen jetzt vorgenommen werden, die PDS wird ihren Beitrag leisten. Auf dieser Grundlage werden wir unseren Weg als bundesweite sozialistische Partei fortsetzen und auch im Westen um größere Akzeptanz ringen. Bei den Europa- wie bei den Kommunalwahlen gelangen uns dabei deutliche Achtungszeichen wie in Hannover (3%) oder Tübingen (4,8%).

2. Die soziale Frage rückt immer mehr in den Focus der Wählerinnen und Wähler. Die PDS hat sie in den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes gestellt und seit der verlorenen Bundestagswahl hart an rea-

listischen Konzepten für Reformen hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit gearbeitet. Mit dem Wahlerfolg der PDS wie mit den Verlusten selbst des Wahlsiegers CDU wird die Mär von der angeblichen Alternativlosigkeit der herrschenden Sozialabbaupolitik, egal ob sie nun rot-grün oder schwarz-gelb daherkommt, ad absurdum geführt. Unsere Agenda sozial mit ihrem Konzept für eine Mindestrente von 800 Euro, mit Vorschlägen für eine solidarische Gesundheitsreform, mit einem modernen Steuerkonzept ist eine Alternative zu Hartz I bis IV, Praxisgebühr und Umverteilung von unten nach oben. Wir werden in den kommenden Monaten insbesondere darum kämpfen, dass die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem Niveau der Sozialhilfe gestoppt wird. Dabei wollen wir mit sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden zusammenarbeiten.

3. Die PDS ist die konsequente Antikriegspartei in Deutschland. Wir werden daran keine Abstriche zulassen. Darauf können sich die Wählerinnen und Wähler verlassen. Trotz massiver Plakatierung der SPD, die ihren gesamten Wahlkampf auf dieses Thema ausgerichtet hatte, haben die Wählerinnen und Wähler wie in der Frage der sozialen Gerechtigkeit auch in der Frage der Antikriegshaltung der PDS die höchsten Kompetenzen aller Parteien zugesprochen. Das zeigt: die PDS hat die Verluste in allen drei Kernthemen der Partei aufgeholt und an eigenständigem Profil gewonnen. Wir haben uns auf keine Koalitionsspielereien eingelassen, sondern den Wählern gesagt, was Sache ist. Wir werden an dieser Kenntlichkeit der PDS weiter arbeiten und die Erneuerung der Partei fortsetzen.

4. In den Interpretationen des gestrigen Abends wurde verschiedentlich behauptet, die PDS habe nur von der schlechten Wahlbeteiligung profitiert, sei also quasi nur auf eine Art halbdemokratische Weise zu ihrem Wahlerfolg gekommen. Die PDS hat in Thüringen aber auch absolut an Stimmen zugelegt und auch bei der Europawahl die Stimmenzahl von 1999 übertroffen. Deshalb ziehe ich mir diese Jacke nicht an. Ich halte das Barmen über die niedrige Wahlbeteiligung für eine einzige Heuchelei. Die Wählerinnen und Wähler wollen ernst genommen werden und wollen, dass ihre Stimme demokratisches Gewicht hat. Deshalb fordere ich insbesondere die Union, aber auch Grüne und SPD auf, den Weg für eine Volksabstimmung über die Europäische Verfassung freizumachen. Wenn diese am 8. Mai 2005 stattfindet, bleibt auch noch genug Zeit, die schweren Geburtsfehler dieser Verfassung zu korrigieren.

5. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen haben gezeigt, dass die PDS sich auch in dieser Beziehung auf ihre Wurzeln besonnen hat. Stärkste Partei in Magdeburg und Halle, deutliche Zugewinne in Flä-

chenkreisen wie dem Vogtland und der Sächsischen Schweiz, Behauptung als zweitstärkste Partei in schwieriger Situation in Mecklenburg-Vorpommern sprechen dafür, dass die Arbeit in den Kommunen von den Wählerinnen und Wählern honoriert wird. Wir werden das kommunalpolitische Engagement zum Thema eines Parteitages machen.

André Brie, Wahlkampfleiter: Ursachen, Hintergründe und Signale des Wahlerfolgs

1. Die PDS hat prozentual den größten Wahlerfolg ihrer bisherigen Geschichte erreicht. Dieses Wahlergebnis ist ein starkes Signal für bundespoltische Rückkehr der Partei des Demokratischen Sozialismus. Trotz weiter gesunken Wahlbeteiligung hat die PDS gegenüber 1999 auch absolut rund 12.000 Stimmen dazu gewonnen. Erstmals ist die PDS in einem Bundesland – Brandenburg – wälderstärkste Partei geworden, und das mit klarem Vorsprung. In vier Bundesländern – Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern – liegt die PDS auf Platz 2. In fünf westdeutschen Bundesländern wurden mehr als zwei Prozent erreicht: Bremen (3,7 %), Hamburg (2,8 %, allerdings mit einem Verlust von 0,5 Prozentpunkten), Nordrhein-Westfalen (2,1 %), Hessen (2,1 %), und im Saarland (2,0 %).

2. Europa- und Thüringenwahl standen im Zeichen einer Abrechnung der Wählerinnen und Wähler mit der Politik des Sozialabbaus. Die deutlichen Verluste der CDU/CSU und die Gewinne der PDS, aber auch die niedrige Wahlbeteiligung verweisen darauf, dass es sich um mehr als eine Protestwahl gegen die Regierungspolitik gehandelt hat. Offenkundig wollen mehr Menschen als in der Vergangenheit eine echte Alternative zur neoliberalen Politik.

3. Das Wahlergebnis der PDS ist meiner Meinung nach wesentlich darauf zurückzuführen, dass die PDS mit dem Sonderparteitag im Sommer 2003 und ihrem Programmparteitag im Oktober eine deutliche Veränderung ihrer Politik, Strategie und politischen Kultur vollzog und sich mit großer Ernsthaftigkeit den realen Problemen und Hoffnungen der Menschen, vor allem der sozial Benachteiligten, zugewandt hat, statt sich in ideologischer Selbstbeschäftigung und innerparteilichem Machtgerangel zu zerreißen.

4. In Thüringen hat die PDS mit 26,1 % und fünf Direktmandaten ein herausragendes Ergebnis erreicht und die Situation gegenüber ihrem Ausgangspunkt 1990 (9,7 %) grundlegend verändert. Soziales Engagement und soziale und politische Verankerung unter den Menschen in Thüringen hatten sie bereits in der vergangenen Legislaturperiode zur wirklichen Opposition im Land gemacht. Das ist von den Wählerinnen und Wählern ho-

noriert worden. Der starke Spitzenkandidat Bodo Ramelow, der auch persönlich für diese Politik steht, hat dazu wesentlich beigetragen.

5. Der Erfolg darf und muss heute im Vordergrund stehen. Nichtsdestotrotz ist auch klar, dass die Rückkehr einer PDS-Fraktion in den Deutschen Bundestag 2006 (oder bei vorgezogenen Neuwahlen) eine große Herausforderung bleibt. Die strategische Schärfung des politischen Profils der PDS als realistische, konsequent demokratische Linkspartei, als Partei der sozialen Gerechtigkeit und einer Partei für den politischen Alltag ist dafür die entscheidende Bedingung. Die Ausgangspositionen der PDS haben sich klar verbessert. Die zu lösenden Aufgaben sind jedoch in jeder Hinsicht groß.

6. Die 3,3 Prozent für die NPD in Sachsen sowie die lokalen Wahlergebnisse der NPD in der Sächsischen Schweiz, der rechtsextremen Bündnisse in Dresden und Chemnitz sind alarmierend und erfordern eine konsequente Politik aller demokratischen Parteien gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus.

Bodo Ramelow: PDS-Spitzenkandidat in Thüringen: Eine Bestätigung für unsere Politikangebote

Unser hervorragendes Landtagswahlergebnis beweist, dass die PDS bei Bürgerinnen und Bürgern anerkannt ist und den anderen Parteien Paroli bieten kann. Fünf Direktmandate sind eine Bestätigung für unsere Politikangebote – mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie! Die PDS hat bei dieser Wahl eindeutig gewonnen und wird den deutlichen Oppositionsauftrag erfüllen. Dieser Zuspruch aus der Bevölkerung gibt uns kräftigen Rückenwind für die kommenden politischen Auseinandersetzungen und zusätzliche Kraft für die bevorstehende Kommunalwahl.

Die PDS tritt in Thüringen zum ersten Mal mit sage und schreibe 2048 Kandidaten an. Unser Ziel bleibt, arrogante Machtstrukturen nicht nur im Landtag, sondern auch in Stadtparlamenten, Gemeinderäten und in Kreistagen anzugehen und klarzumachen, dass „selbstherrliche Fürsten vom Thron gestoßen“ werden können. Der Politik sozialer Kälte muss eine Politik für mehr Gerechtigkeit entgegengesetzt werden.

Das Landtagswahlergebnis ist ein klares Signal u.a. für mehr direkte Demokratie, für mehr Mitbestimmung, auch in Zweckverbänden, für gerechte Kommunalabgaben und gegen unsinnige Müllverbrennungsanlagen. Rechts- und demokratiefreie Zonen können nur durch engagierte Bürger und mit Unterstützung von PDS-Vertretern im Landtag, in den Kreistagen, Stadt- und Gemeinderäten beseitigt werden. Jedes Mandat zählt. Jede Stimme zählt. Jetzt erst recht!

Sylvia-Yvonne Kaufmann, PDS-Spitzenkandidatin bei den Europa-wahlen: Die Haltung zu Europa ist für die sozialistische Linke eine strategische Frage

Unsere Botschaft „Für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa!“ ist bei den Wählerinnen und Wählern angekommen. Gestärkt ziehen wir wieder ins Europäische Parlament ein. Zugleich meldet sich die PDS als Bundespartei zurück. Unser Wahlergebnis beweist, dass die Menschen in Deutschland eine linke sozialistische Partei wollen. Das ist die eigentliche politische Botschaft dieser Wahlen. Zu verdanken ist das Wahlergebnis vor allem jenen Genossinnen und Genossen, die mit großem Optimismus und einem herausragenden persönlichen Einsatz einen schwierigen Wahlkampf geführt haben. Ihnen allen möchte ich sehr herzlich danken.

Die PDS muss nun nach vorn blicken und sich im Rahmen der begonnenen Strategiedebatte der Frage zuwenden, ob sie ihr Profil als proeuropeische linkssozialistische Partei schärfen will oder ob sie sich hin zu einer Anti-EU-Partei entwickelt. Der Lackmustest dafür wird sein, welche Haltung die PDS zum Europäischen Verfassungsvertrag, der voraussichtlich auf dem EU-Gipfeltreffen am 17./18. Juni in Brüssel verabschiedet wird, einnimmt.

Ich rufe deshalb die Partei auf, sich mit dem dann vorliegenden Verfassungstext gründlich vertraut zu machen und darüber umgehend eine fundierte Debatte zu beginnen – und zwar im Unterschied zur bisherigen Diskussion frei von parteiinternen Personalqueren, Diffamierungen und ohne linkssektiererische Totschlagargumente. Es muss in der Partei möglich sein, den Verfassungstext konkret mit der bestehenden EU-Vertragslage zu vergleichen, um ihn allseitig und



sachlich begründet auszuloten. Dabei ist absolut unstrittig, dass die PDS, wie bisher, jene Bestimmungen entschieden ablehnt, die die Entwicklung der EU hin zu einer Militärmacht befördern.

Die PDS wird zu berücksichtigen haben, dass mit der Europäischen Verfassung eine Neugründung der Europäischen Union verbunden ist. Vor diesem Hintergrund und der Tatsache, dass nationalistische Kräfte EU-weit erheblich an Terrain gewonnen haben, muss sich die Partei nun entscheiden, ob sie die im Verfassungsvertrag enthaltenen deutlichen Fortschritte in Richtung von mehr Demokratie, gestärkten Bürgerrechten sowie in sozialer Hinsicht unterstützt oder ob sie sich in der Tradition der KPD bewegt, die das Grundgesetz ablehnte und sich damit ins gesellschaftliche Auskäpultierte. Das ist eine strategische Frage für die Zukunft der PDS.

Ich bin überzeugt, dass viele Menschen in unserem Land eine andere Politik in Europa wollen – eine Politik, die sich dem Neoliberalismus entgegenstellt, vor allem die Massenarbeitslosigkeit bekämpft, und weltweit auf zivile Konfliktlösung setzt. Für eine solche Politik wird sich die PDS im Europäischen Parlament entschlossen engagieren. Sie muss darauf orientieren, gezielt in die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit konkreten politischen Alternativen einzutreten, damit eine solche Politik in Europa möglich wird.

Ergebnisse der Parteien, die sich der Konföderalen Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) zuordnen

Land	Partei	Sitze	Ergebnis
Tschechische Republik	Komunistická strana Čech a Moravy	6	20,3%
Zypern	Progressive Party of Working People	2	27,89%
Dänemark	Socialistisk Folkeparti (SF)	1	8,1%
	Folk B	1	5,2%
Finnland	Vasemmistoliitto	1	9,1%
Frankreich	Parti Communiste Français	3	5,3%
Deutschland	Partei des Demokratischen Sozialismus	7	6,1%
Griechenland	Kommunistiko Komma Elladas Synaspismos	3	9,5%
		1	4,2%
Italien	Partito della Rifondazione Comunista	5	6,1%
	Partito dei Comunisti Italiani	2	2,4%
Niederlande	Socialistische Partij	2	6,5%
Portugal	PCP	2	9%
Spanien	Izquierda Unida	1	4,2%
Schweden	Vänsterpartiet	2	12,8%
Summe der Sitze		39	

BLK und HRK – Bericht über zwei Beschlüsse

Spitzenförderung und Studiengebühren

Am 7. Juni haben sich einer Pressemeldung zufolge Bildungsministerin Bulmahn und die Wissenschaftsminister der Unions- und SPD-geführten Bundesländer auf ein Milliardenprogramm verständigt: 1,9 Mrd. Euro sollen für bis zu zehn „Spitzen-Universitäten“ sowie in den Ausbau „internationaler Spitzenforschung an den Universitäten (Exzellenzcluster und Graduiertenschulen für Nachwuchsförderung)“ freigemacht werden. Die so genannten Spitzen-Universitäten könnten ab 2006 mit 25 Mio. Euro Zusatzförderung pro Jahr rechnen. Das Programm soll auf der nächsten Tagung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Bildungsförderung am 5.7. endgültig verabschiedet werden.

Damit nimmt der Ende März gefasste Beschluss der Bund-Länder-Kommission Gestalt an.¹ Er sieht zusätzliche Maßnahmen vor, „um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen sichtbarer zu machen“. Die Bildungs- und Wissenschaftsminister und -ministerinnen von Bund und Ländern versprechen sich dadurch, den „Prozess einer Leistungsspirale in Gang (zu) setzen, der die Ausbildung von Spitzen und die Anhe-

Am Ende der Skala

In den „Studien zum Innovationssystem Deutschlands“ 4-2004 veröffentlichten das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und das Hochschul-Informationssystem (HIS) „Indikatoren zur Ausbildung im Hochschulbereich (Dezember 2003). Wir dokumentieren auszugsweise Kapitel 7: „Fazit“.

Nach wie vor grundlegender Bedeutung für die relativ schlechte Position, die Deutschland bei einer Reihe der hier vorgestellten Indikatoren einnimmt, ist der im internationalen Vergleich sehr geringe Anteil von Hochschulzugangsberechtigten an den jeweiligen Alterskohorten. Mit (je nach Berechnungsart) zwischen 30 und 40 Prozent liegenden Studienberechtigtenquoten ist Deutschland immer noch, wie schon seit langem im Vergleich zu vielen anderen Ländern weit abgeschlagen. (Der Durchschnitt ausgewählter Länder lag 2001 bei 53% – Verf.) (...) Diejenigen eines Jahrgangs, die in die weiterführenden Schulen als der Spitze des Schulsystems gelangen und hier die Berechtigung zu einem Hochschulstudium erwerben, sind weniger das Ergebnis ei-

bung der Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Deutschland in der Breite zum Ziel hat“.

Zur Spitzen-Universität kann eine Hochschule werden, heißt es aus dem Bummahn-Ministerium, die mindestens ein „wissenschaftliches Exzellenz-Zentrum von internationalem Ruf, eine Graduiertenschule sowie ein schlüssiges Entwicklungskonzept zu einem weltweit anerkannten ‚Leuchtturm der Wissenschaft‘ vorweisen kann“. Damit ist auch eine Entscheidung gefallen in der Diskussion, ob die Eliteförderung sich auf ganze Hochschulen oder auf einzelne Fachbereiche oder Zentren konzentrieren soll. Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), das 1994 von der Bertelsmann-Stiftung und der Hochschulrektorenkonferenz als „gemeinnützige GmbH“ ins Leben gerufen wurde und das sich selbst zur „Reformwerkstatt für das deutsche Hochschulwesen“ deklariert, hatte im April zusammen mit der Zeitschrift Stern ein Hochschulranking² veröffentlicht. Das CHE kommt zu dem Schluss, dass es keine Spitzenuniversitäten mit hervorragenden Ergebnissen in Forschung und Lehre in allen Fächern gebe, aber Universitäten, deren Leistungen in einzelnen Fächergruppen deutlich herausstechen. Solche Profilierung soll nun anscheinend besonders gefördert werden.

Einen Tag nach dem Treffen der Bildungs- und Wissenschaftsminister, am 8. Juni, forderte das Plenum der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) für die Hochschulen die Möglichkeit, Studiengebühren zu erheben. Dadurch solle der

Anteil privater Mittel an der Finanzierung der Hochschulen – derzeit ca. 6% – erhöht werden. Für eine erste Eingangsphase empfiehlt die HRK „niedrige Beiträge“ (!) von maximal 500 Euro pro Semester, die später erhöht (von bis zu 3000 Euro ist die Rede) und nach einzelnen Fächern differenziert werden sollten. Da liegt nicht nur der Gedanke nahe, dass über die Studiengebühren auch die „Bedarfe“ gesteuert werden. Vielmehr soll und kann darüber die breite Masse der Studierenden zur Finanzierung der „Spitzen“ herangezogen werden.

Im Kasten ist auszugsweise das Fazit einer Untersuchung³ dokumentiert, die die Krise des Bildungswesens in der BR Deutschland eindrücklich bestätigt. In diesem Zusammenhang nur einige Gesichtspunkte. In keinem vergleichbaren Land gelangen so wenig junge Menschen auf die Universitäten und schaffen so wenige einen Hochschulabschluss wie hierzulande. In Italien z.B. liegt die Quote der Studienberechtigten fast, in den Niederlanden weit mehr als doppelt so hoch, um zwei Länder herauszugreifen. (S. 14) Als Ursache sieht auch die Untersuchung die frühe Selektion der Kinder und Heranwachsenden nach sozialer und Bildungsherkunft durch das Bildungssystem. Die niedrige Quote steht aber den Anforderungen auch und nicht zuletzt des Kapitals entgegen: „Der globalisierte Wettbewerb von zunehmend wissensbasierten Wirtschaften macht die ausreichende und qualitativ hochwertige Produktion von Humankapital zu einer entscheidenden Voraussetzung“ zukünftiger Leis-

tungsfähigkeit, stellt die Untersuchung im Fazit fest.

Betrachtet man nun die beiden Beschlüsse, so schält sich – unabhängig von allen Bestrebungen, die Quote der Abiturienten und Studierenden zu erhöhen – das Bestreben heraus, an der Selektion im Hochschulbereich festzuhalten und sie noch zu verstärken. Eigentlich liefert die genannte Untersuchung ein wichtiges Argument gegen Studiengebühren: Die BAföG-Reform, die 2001 in Kraft trat, hat unmittelbar zu einem deutlichen Anstieg der Studienanfänger geführt (S. 18), was nichts anderes heißt, als dass für viele, die die Selektion trotz allem überstanden haben, die Frage des Geldes ist und bleibt. Studiengebühren selektieren, das zeigen auch die Erfahrungen aus Österreich.

Mit der wachsenden Bedeutung, die Wissen und Bildung für die gesellschaftliche Entwicklung gewinnen, löst sich in gewisser Weise das Wissen von der Leistungstätigkeit. Konzeptionen, die Wissen und gesellschaftliche Leitung über Elitekonzepte verknüpft halten wollen, geraten mit den Anforderungen, für immer mehr Menschen Wege zu Bildung und Wissen zu öffnen, in Konflikt. Das ist das Dilemma der Bund-Länder-Kommission ebenso wie der Hochschulrektorenkonferenz.

scc

1 Beschluss der BLK vom 29.4.04, Quelle: www.bmbf.de/pub/blk_beschluss.pdf

2 www.dashochschulranking.de/

3 www.his.de/Service/Publikationen/Kia/pdf/Kia/kia200403.pdf

ner leistungsmäßigen Auslese bzw. bekommen im internationalen Vergleich – wie u.a. die Ergebnisse von PISA zeigen – keineswegs eine hochwertige Ausbildung. Wie im ersten Bericht muss nach wie vor konstatiert werden, dass eine große Anzahl von Begabungen für eine Hochschulausbildung ungenutzt bleiben.

In den letzten beiden Jahren ist es erfreulicher Weise zu einer Steigerung der Studierendenzahlen gekommen. Diese sind auf steigende Jahrgangsstärken, höhere Studienberechtigtenquoten und eine sich in steigende Studierquoten ausdrückende höhere Studierfreudigkeit zurückzuführen. In den nächsten Jahren muss sich zeigen, ob sich hinsichtlich der Studierquote eine nachhaltige Verhältnissänderung niederschlägt. (...)

Grundsätzlich bedenklich ist dies nach wie vor hinsichtlich der technik-relevanten Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften, denn diese sind in den 90er Jahren von den zyklischen Schwankungen der Studienanfängerzahlen in Gestalt von überdurchschnittlichen Rückgängen und nur verhaltenen Wiederanstiegen besonders stark betroffen (eine Ausnahme bildet hier nur In-

formatik). Die galt bis zum Jahr 2001. Beim Übergang von 2001 zu 2002 haben die Studienanfängerzahlen in den Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften erfreulicher Weise überproportional zugenommen. Diese Entwicklung gilt es zu festigen. Ist doch nicht auszuschließen, dass die Zunahme auch auf kompensatorisches Verhalten von Personen zurückzuführen ist, die eigentlich einen technischen Ausbildungsplatz suchen, diesen aber wegen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage nicht bekommen.

Wie aufgrund der im Vergleich niedrigen Quoten für Studienberechtigte und Studienanfänger nicht anders zu erwarten, ist Deutschland auch hinsichtlich der Abschlussquoten im Hochschulsystem weiter am unteren Ende der Länderskala zu finden. (...)

Hinsichtlich der geringen Quoten auf den verschiedenen Stufen und Etappen des Hochschulsystems sollte erwartet werden, dass Deutschland auch einen geringeren Anteil an Finanzmitteln in die akademische Bildung investiert als andere Länder. Das ist aber nicht der Fall. Bezogen auf das BIP (Bruttoinlandsprodukt – Verf.) sind die deutschen Bildungsinvestitionen durchaus im Durch-

schnitt. Das deutsche Hochschulsystem stellt sich somit nach diesen Befunden im Vergleich mit den ausgewählten Industrienationen als nicht besonders effizient dar. Die vergleichsweise hohen Kosten je Studienanfänger und insbesondere je Absolvent dürfen nicht als Ergebnis einer qualitativ besonders hochwertigen Ausbildung verstanden werden. Die Investitionen in den akademischen Bildungsbereich sind im Vergleich zu anderen großen Volkswirtschaften zwar überdurchschnittlich, die sehr viel höheren Kosten je Studienanfänger sind jedoch auch und gerade das Ergebnis der relativ geringen Ausschöpfung von Bildungspotenzialen. Ähnlich sind die verhältnismäßig sehr hohen Hochschulausbaben je Absolvent das Ergebnis eines noch immer ineffizient organisierten Hochschulsystems, in dem vor allem der hohe Studienabbruch eine maßgebliche Rolle spielt. Aufgrund dieses Befundes lässt sich schlussfolgern, dass die Frage der Investition in Humankapital zur Steigerung der technologischen Leistungsfähigkeit in Deutschland nicht in erster Linie ein monetäres Problem darstellt, sondern primär eine Frage der Organisationsstrukturen an Hochschulen ist.

„Nahost-Initiative“ auf den Weg gebracht

„Bush muss Abstriche machen“ (Handelsblatt), „Die Gegner des Irak-Krieges bremsen auch nach Verabschiedung der neuen UN-Resolution die Forderungen von US-Präsident George W. Bush nach zusätzlicher militärischer und finanzieller Hilfe aus“ (Tagesspiegel), „Arroganz ade“ (Braunschweiger Zeitung) – so oder so ähnlich kommentieren speziell die deutschen Medien Verlauf und Ergebnisse des G8-Gipfels auf Sea Island.

Tatsache ist erstens: Schon bei der schließlich verabschiedeten UN-Resolution musste die Bush-Administration gegenüber früheren Forderungen und ihrer ersten Vorlage einige Schritte zurückgehen. So soll das Mandat der Besatzungstruppen – jetzt „multinationale Truppen“ genannt – automatisch enden, wenn eine neue Regierung auf Grundlage einer auszuarbeitenden Verfassung gewählt wird (31.12.2005); die „souveräne Interimsregierung“ kann bereits vorher die Überprüfung des Mandats verlangen. Das hatten die USA ursprünglich nicht vorgesehen. Aber: Angesichts der Situation im Irak und angesichts der ihrer Abhängigkeit von den USA ist es unwahrscheinlich, dass die Interimsregierung das tut bzw. tun kann. Die USA behalten weiterhin das uneingeschränkte Oberkommando über die derzeit 160.000 Mann starken Besatzungstruppen; auch der Großteil der irakischen Gefangenen – die von den USA als „besonders gefährlich“ Klassifizierten – bleibt höchst-

wahrscheinlich im Gewahrsam eben dieser Truppen, deren Immunität nicht angetastet wird. Die von der US-Zivilverwaltung erlassenen Verordnungen, vor allem die Liberalisierung der Märkte, bleiben zumindest bis zur Verabschiedung der Verfassung Ende 2005 in Kraft und dürfen nicht geändert werden.¹ Die Interimsregierung und die anhaltende US-Besatzung erhalten jedoch mit der einstimmigen Verabschiedung der UN-Resolution internationale Legitimität. Zugleich bleibt völlig unsicher, ob die UNO in absehbarer Zeit in den Irak zurückkehrt.

Zweitens verhüllen die Kommentare eher, als dass sie beleuchten, worum es auf dem G8-Gipfel eigentlich ging. Auf der Tagesordnung stand die Initiative für eine neue Mittelost-Strategie, und dabei ging es vor allem darum, welche Optionen den dabei verfolgten Zielen am meisten angemessen sind.

Die Regierung Bush hatte Ende letzten Jahres eine „Vorwärtsstrategie“ angekündigt, mit der sie die Nato im Nahen und Mittleren Osten platzieren und gestützt darauf die Neuordnung, die wirtschaftliche und politische Modernisierung des Nahen und Mittleren Ostens und seine Erschließung für die Weltmärkte erzwingen will. Die EU, soweit sie dem Konzept vor allem Deutschlands und Frankreichs folgt, betont demgegenüber mehr die „Zusammenarbeit“ mit der Region. Man dürfe den Ländern nichts aufzwingen, wolle sich für den „wirtschaftlichen Wiederaufbau“ engagieren, „Partnerschaft“ solle der Eckpfeiler dieser Strategie sein und was der schönen Worte mehr sind.² Dieses Konzept versteckt die Drohung mit gegebenenfalls militärischer Gewalt hinter Floskeln wie „gemeinsame Sicherheitsanliegen“. Tatsächlich ist die „Nachbarschaftspolitik“, die die EU gegenüber der Region des Nahen und Mittleren Ostens entfaltet, fest verbunden mit der Sicherheitsstrategie, die sie im Dezember 2003 verabschiedete und die den auch präventiven Einsatz militärischer Gewalt vorsieht.

Die unterschiedlichen Konzeptionen – eher unterschiedliche Gewichtungen der verschiedenen Elemente einer Neuordnungsstrategie –, die die USA auf der einen und insbesondere Deutschland und Frankreich auf der anderen Seite verfolgen, prallen derzeit in der Frage aufeinander, ob die

Nato Truppen in den Irak entsenden soll oder nicht. Das ist im Sinne der USA, stört aber eher die EU-Konzeption. Dass dieser Streit die unterschiedlichen Akteure nicht hindert, die Initiative gemeinsam auf dem Weg zu bringen, zeigte der G8-Gipfel.

Er verabschiedete eine Deklaration mit dem Titel „Partnerschaft für Fortschritt und eine gemeinsame Zukunft mit der Region weiterer Mittlerer Osten und Nordafrika“³ sowie einen „Unterstützungsplan für Reformen“⁴, „... so gering die konkreten Folgen der Initiative sein mögen“, kommentierte die Financial Times⁵, „so groß ist die symbolische Kraft der G8-Entscheidung. Zum ersten Mal überhaupt gestehen die führenden



Industriekräfte und Russland ein, dass ihre vorherige Politik ein Fehler war; dass die Strategie, Handel zu treiben und alles andere als ‚innere Angelegenheit‘ zu betrachten, gefährlich und falsch ist.“

Eine Reihe von Regierungen der Region waren einer Einladung zum G8-Gipfel gefolgt. Das eigentliche Problem des Gipfels wird darin deutlich, dass Marokko, Ägypten und Saudi-Arabien die Einladung ausschlügen und damit ihre Ablehnung der Initiative offen demonstrierten. scc

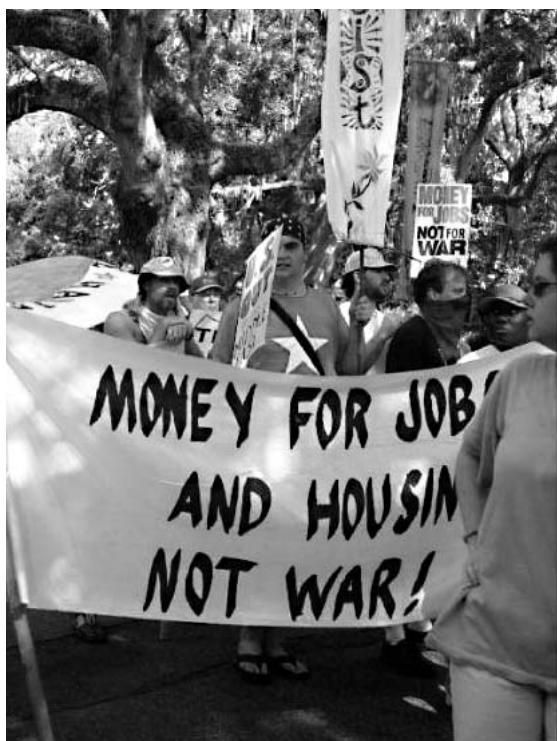
1 Berliner Zeitung, 9.6.

2 Angebot einer strategischen Partnerschaft der EU mit dem Nahen und Mittleren Osten, Stand April 2004, www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussenpolitik/regionalkonzepte/nahost/eu_partnerschaft_html

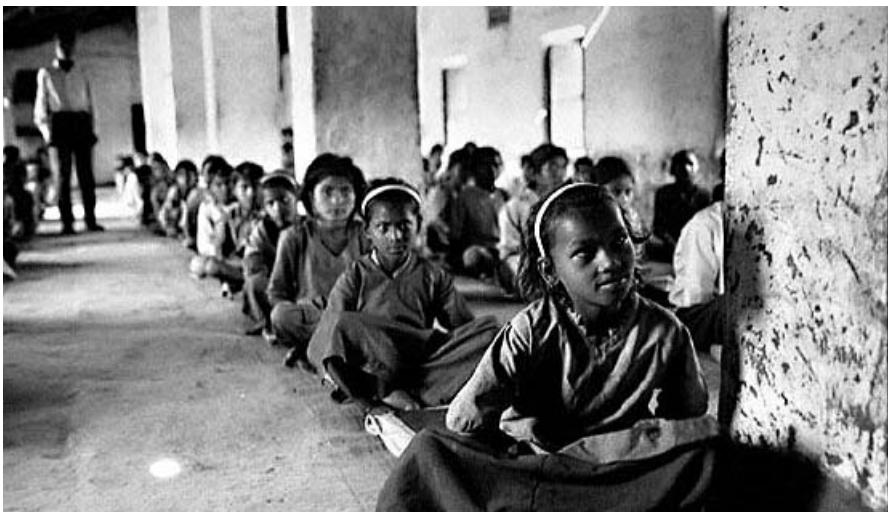
3 http://www.bundesregierung.de/artikel/413_665850/Partnerschaft-fuer-Fortschritt.htm

4 <http://www.bundesregierung.de/dokumente/-665858/Artikel/dokument.print.htm>. Der „Unterstützungsplan“ sieht u.a. die Einrichtung einer „Demokratie-Beratungsgruppe“ sowie einer „Beratungsgruppe für Investitionen“ vor, die sich der „Verbesserung des Investitionsklimas“ zuwendet.

5 FTD, 116. Demokratie und Nahost



In mehreren Städten der USA fanden anlässlich des G8-Gipfels Anti-Kriegsdemonstrationen statt. Hier: Brunswick in der Nähe des Tagungsortes



Indien: Regierungskoalition und Linke einigen sich auf Minimalprogramm

Die 15-Parteien-Koalition und die vier Parteien der indischen Linken, die der Regierung nicht angehören, sie aber unterstützen, haben sich auf ein Minimalprogramm geeinigt. Das 24-Seiten-Dokument nennt sechs Grundprinzipien, darunter: soziale Harmonie zu bewahren, zu schützen und zu fördern; ein Wirtschaftswachstum von 7-8% in nachhaltiger Weise zu sichern; die Wohlfahrt der Bauern, Landarbeiter und Arbeiter zu erhöhen; Frauen politisch, wirtschaftlich, gesetzlich und in der Bildung zu fördern; den registrierten Kasten und Stämme sowie anderen Minderheiten völlig gleiche Möglichkeiten zu verschaffen, v.a. bei Bildung und Beschäftigung. Unerkennbar ist das Bemühen, die Lage der Bedürftigsten zu sichern. So sieht z.B. ein nationales Beschäftigungsprogramm vor, mindestens einem Familienmitglied in den Haushalten armer Leute 100 Tage Arbeit in einem staatlichen Projekt zu garantieren. Die Bildung, für die 6% des BIP ausgegeben werden soll, soll umgehend von hindu-nationalistischen Inhalten befreit werden. Außenpolitisch verpflichtet sich die Regierung, den Dialog mit Pakistan systematisch fortzusetzen und das Verhältnis zur VR China zu verbessern. Es sollen Schritte unternommen werden, indische Söldner aus Irak abzuziehen, deren weitere Rekrutierung wird verboten. (Quelle: ND)

Leyla Zana frei

Nach zehn Jahren Haft im berüchtigten Gefängnis Uluçanlar-Gefängnis in Ankara wurden die frühere kurdische Abgeordnete Leyla Zana sowie drei ihrer Mitgefängneten – Hatip Dicle, Selim Sadak und Orhan Dogan – am 9. 6. freigelassen. Noch im April hatte das Staatssicherheitsgericht in Ankara die 1994 ausgesprochene 15-jährige Haftstrafe bestätigt. Jetzt hob der höchste Gerichtshof der Türkei das Urteil wegen gravierender Verfahrensfehler auf. Auch die Generalstaatsanwaltschaft hatte sich für die Aufhebung des Urteils ausgesprochen. Bei Verlassen des Gefängnisses wurde Leyla Zana von einer großen Menschenmenge begeistert gefeiert. Die Politikerin wandte sich in ihren ersten Erklärungen dagegen, „Schmerzen und Streit“ der Vergangenheit nun neu anzufachen.



Wenn die Türkei ihre Probleme löse, könne sie zum „Stern“ in dieser Region werden, so Zana. Die türkische Menschenrechtlerin Eren Keskin begrüßte – wie viele andere – die Freilassung, wies aber darauf hin, dass die Entscheidung nur auf Druck der EU getroffen sei. „Es ist ein positiver Schritt und ein Grund zur Freude. Gleichzeitig hat sich die türkische Justiz ihre eigene Ungerechtigkeit eingestanden.“ Der türkische Justizminister wertete die Freilassung als weiteren Schritt zu einer EU-Mitgliedschaft der Türkei.

Barcelona: Einwanderer besetzen Kathedrale

Etwa 2000 Einwanderer besetzten am 5. Juni nach einer Demonstration die Kathedrale von Barcelona, um damit die Regulierung ihres Aufenthaltsstatus durchzusetzen. Tags darauf räumten Spezialeinheiten Kathedrale und Vorplatz mit Gewalt, obwohl die Einwanderer mit der Kirchenleitung den freiwilligen Abzug vor der Sonntagsmesse vereinbart hatten. 60 Menschen wurden festgenommen. Hintergrund des Massenprotests ist die katastrophale Situation vieler Einwanderer. Die Konservativen hatten mit einer restriktiven Ausländerpolitik die Regulierung von Einwanderern quasi abgeschafft. Zugleich hatten sie das Ausländerrecht erheblich verschärft, insgesamt

drei Mal in nur vier Jahren. Minimale Rechte wie das Versammlungs- und Organisationsrecht wurden beseitigt. Weil konsequent Anträge verschleppt wurden, sitzt die neue sozialistische Regierung auf einem Berg von fast 400.000 Anträgen zur Regulierung oder Erneuerung der Aufenthalts- oder Arbeitserlaubnis. Allein in Barcelona sind es fast 50.000 Menschen, die z.T. seit Jahren auf einen Bescheid warten. Auf diese Weise hatten die Konservativen aus einst „legalen“ wieder „illegalen“ Einwanderer gemacht, die bei einer Festnahme sofort abgeschoben werden können. Die Sozialisten legten nun einen „Notplan“ auf; u.a. würden 267 Stellen geschaffen, um die Bearbeitung der Anträge zu beschleunigen. Fraglich ist aber, ob die PSOE das restriktive Ausländergesetz streicht und ohne Konditionen reguliert, wie es die Einwanderer fordern. (Quelle: Ralf Streck, freier Journalist)

Eine beunruhigende Bestandsaufnahme – Antisemitismus in Ungarn

Seit 2000 macht sich eine jüdische Organisation die Mühe, die Erscheinungen des Antisemitismus in Ungarn zusammenzutragen. Der jüngste Band umfasst den Zeitraum 2002/2003: Hier seien, nachdem die rechtsextreme MIEP-Partei aus dem Parlament verschwunden sei, die offenen antisemitischen Vorfälle zwar zurückgegangen. Aber die dokumentierten Vorfälle zeigen, dass der Antisemitismus nach wie vor ein erhebliches Problem darstellt. So hatte sich z.B. der Vorstand des Schriftstellerverbandes geweigert, sich von antisemitischer Verunglimpfung des Schriftstellers Kertész durch ein Vorstandsmitglied zu distanzieren, woraufhin zahlreiche bekannte Autoren unter Protest austraten. Bei Spielen des als „jüdisch“ verschrienen Budapests Fußballvereins MTK kommt es regelmäßig zu antisemitischen Äußerungen, z.B. Drohungen wie: „Der Zug fährt ab nach Auschwitz“. Der Versuch, offen geäußerten Antisemitismus als Straftat zu behandeln, ist jetzt aber zunächst einmal gescheitert. Das Verfassungsgericht hat Ende März ein Gesetz gegen Volksverhetzung einstimmig für verfassungswidrig erklärt, da es zu restriktiv sei und das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränke. Zuvor hatte der Gesetzentwurf, der öffentliche Beleidigung von Personen mit ethnischen, rassischen oder religiösen Motiven mit bis zu zwei Jahren, Volksverhetzung gegen Nationen oder Gruppen mit bis zu drei Jahren ahndete, mit knapper Mehrheit das Parlament passiert. Die sozialistische MSZP, die ihn eingebracht hatte, will sich weiterhin für das Gesetz einsetzen. Dabei wird sie stark von der jüdischen Gemeinde unterstützt, die die Ablehnung des Gesetzes bedauerte. (Quelle: DW)

Zusammenstellung: scc

LEIPZIG. Obwohl der Beigeordnete für Allgemeine Verwaltung der Stadt Leipzig, Herr Andreas Müller, zunächst das Anbringen der 10 Gebote für attraktive Kommunen in Sachsen persönlich verhindern wollte, stellten am 2. Juni 2004 der Spitzenkandidat der PDS Sachsen für die Landtagswahlen, Prof. Dr. Peter Porsch, mit „persönlicher“ Unterstützung von Dr. Martin Luther die „10 Gebote für attraktive Städte und Gemeinden in Sachsen“ vor. Sie lauten: „1. Gebot: Kommunale Selbstverwaltung braucht größere finanzielle Spielräume. 2. Gebot: Bildung braucht wohnortnahmen und kostenlosen Zugang. 3. Gebot: Demokratie braucht einfacheren Zugang. 4. Gebot: Zugang zum öffentlichen Leben braucht stärkere Vernetzung. 5. Gebot: Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken eine nachhaltige Entwicklung. 6. Gebot: Kultur braucht Vielfalt überall. 7. Gebot: Umweltpolitik muss vorsorgend und verursacherorientiert sein. 8. Gebot: Gesellschaft braucht Solidarität. 9. Gebot: Soziale Politik muss Chancengleichheit sichern. 10. Gebot: Arbeit muss Selbstverwirklichung und Existenzsicherung ermöglichen.“ Bei den Kommunalwahlen am 13.6.2004 in Leipzig hat sich die PDS leicht verbessert auf 26,1% (1999: 25,7%). Auch die SPD legte zu von 26,2 auf 26,9%. Die CDU schrumpfte auf 25,5% (1999: 32%). Die Landtagswahlen finden am 19.9.2004 statt. www.pds-sachsen.de



Demonstration und kommunale Klagen für Erhalt fünfter Klassen

DRESDEN. Laut stark setzten sich Schüler und Lehrer sowie Bürgermeister aus ganz Sachsen am 10. Juni 2004 für den Erhalt der fünften Klassen an allen Gymnasien und Mittelschulen ein. Der Meeraner Bürgermeister und Mitinitiator der Kundgebung, Lothar Ungerer (parteilos), sagte vor den rund 3000 Demonstranten, die Schulen bräuchten die Fünftklässler, auch wenn nicht überall die gesetzliche Mindestschülerzahl zusammenkomme. Fehle der Nachwuchs, sei eine Schulschließung nicht mehr weit. Viele Schüler müssten dann weite Fahrtwege in Kauf nehmen. „Nicht Geiz sondern Geist ist geil“, betonte Ungerer.

Vier Gemeinden haben bislang beim Verwaltungsgericht Chemnitz Klage eingereicht. Sie wollen erreichen, dass trotz Verbotes aus Dresden in ihren Bildungseinrichtungen neue Schüler aufgenommen werden. Das Kultusministerium hatte jüngst insgesamt 100 sächsischen Grund- und Mittelschulen sowie Gymnasien wegen Kindermangels die Bildung einer ersten bzw. 5. Klasse untersagt. Weitere betroffene Kommunen kündigten ebenfalls juristische Schritte dagegen an. Ob die Klagen Erfolg haben, ist zweifelhaft. In den vergangenen Jahren versuchten immer wieder Schulträger gegen die Entscheidung aus Dresden juristisch vorzugehen. Bislang ohne Erfolg. Denn laut Schulgesetz müssen Mittelschulen pro Jahr zwei Klassen mit mindestens 20 Schülern bilden. Ausnahmen bewilligt das Kultusministerium nach eigenem Ermessen. „Wir wollen trotzdem ein Zeichen gegen diese Politik setzen“, erwidert Neukirchens Bürgermeister Beier.

Ein Zeichen wollen auch die sächsischen Schulinitiativen setzen, die sich am 12. Juni 2006 zum 18. Mal im Dresdner Landtag trafen. Sie kämpfen seit Jahren

gegen die Schließung von Bildungseinrichtungen vor allem in den ländlichen Regionen. www.freipresse.de

Grobes Foul von adidas & Co. – Satte Gewinne statt Fair Play

KÖLN. Sonia Lara Campos aus El Salvador, die früher selbst in Weltmarktfabriken als Näherin arbeitete, berichtete am 12. Juni 2004 im Domforum Köln über die aktuelle Situation in adidas-Zulieferfabriken El Salvador: „Der Arbeitsdruck nimmt ständig zu. Konzerne wie adidas müssen begreifen, dass wir Menschen und keine Maschinen sind. Deswegen bin ich nach Deutschland gekommen.“

Neueste Recherchen der Kampagne für „Saubere Kleidung“ (CCC), an denen Frau Lara Campos beteiligt war, belegen, dass Hungerlöhne und erzwungene Überstunden sowie gravierende Gesundheitsschädigungen in der Sportbekleidungs-Industrie an der Tagesordnung sind. Der Arbeitsdruck in den Fabriken hat in den letzten Jahren weiter zugenommen, da die Auftraggeber immer kürzere Lieferfristen fordern. Und dieser Druck wird an das schwächste Glied weiter gegeben – die NäherInnen.



Anlässlich des Starts der Fußball-Europameisterschaft fordert die CCC von den Markenherstellern adidas, Puma, Fila, Kappa & Co. ein ‚Fair Play‘ auch in den Fabriken. Dafür ist eine veränderte Einkaufspraxis der Konzerne sowie eine unabhängige Kontrolle der Zulieferbetriebe, an der lokale Akteure institutionell beteiligt sind, unerlässlich. Um diese Forderungen zu unterstreichen, fand zum Start der EM ein bundesweiter Aktionsstag statt. Hier ein Bild aus Köln: www.arbeiterfotografie.com www.ci-romero.de

Hände weg vom Hamburger Stiftungsmodell für berufliche Schulen

HAMBURG. „Die Hamburger Politiker sind auch aus juristischen Gründen gut beraten, endgültig die Hände von dem Stiftungsmodell für die beruflichen Schulen in der Hansestadt zu lassen. Das Modell ist in weiten Teilen verfassungswidrig“, sagte Ursula Herdt, für berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied, am 10. Juni 2006 in Hamburg. Herdt berief sich auf die Ergebnisse eines Rechtsgutachtens, das der Oldenburger Wissenschaftler Dieter Sterzel im Auftrag der Max-Traeger-Stiftung erstellt hatte. Danach verstoße der Entwurf sowohl gegen den staatlichen Bildungs- und Kontrollauftrag für berufliche Schulen als auch gegen das Demokratieprinzip. „Mit dem Modell sollen der Lernort Schule entstaatlicht und damit Grundsätze der dualen Berufsausbildung ausgehebelt werden“, betonte Herdt.

Die Vorsitzende der GEW Hamburg, Stephanie Odenwald, sieht das Rechtsgutachten als Unterstützung für das Volksbegehren, das sich gegen die Übernahme der 38 Hamburger Beruflichen Schulen durch eine wirtschaftsorientierte Stiftung richtet und von einem breiten Bündnis unterstützt wird. „Wir sehen uns durch das Gutachten bestätigt, dass die

Trägerschaft für die beruflichen Schulen uneingeschränkt bei der staatlichen Behörde bleiben muss. Nur so ist gewährleistet, dass Jugendliche eine umfassende Bildung erhalten. Die Übernahme der beruflichen Schulen durch die Wirtschaft stößt in Hamburg auf breite Ablehnung. Das hat schon das Ergebnis der ersten Phase der Unterschriftensammlung mit 23.000 Unterschriften gezeigt. Wir sind sicher, dass wir bei dem Volksbegehren vom 23. August bis 6. September weit mehr als die erforderlichen 60.000 Unterschriften erreichen.“ <http://gew.de>

Scharfe Kritik an dem Studien-gebührenmodell der HRK

BONN. Die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gab am 9. Juni 2004 in Berlin ihre Pläne bekannt, an den Hochschulen ab dem ersten Semester mindestens 500 Euro Gebühren zu erheben. Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaf-ten (fzs) und das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) wiesen dies scharf zurück. „Studiengebühren wirken abschreckend und erleichtern außerdem den stetigen Rückzug des Staats aus seiner Verantwortung für die Hochschulen“, so Colin Tück, Mitglied im fzs-Vorstand. Das von der HRK geforderte Stipendien-System bezeichnete der studentische Dachverband als „Feigenblatt“. Die HRK hat kein eigenes Modell dafür vorgelegt, sondern den Staat als verantwortlich bezeichnet. „Die Rektorinnen und Rektoren wollen offenbar gerne Gebühren erheben, scheren sich aber nicht um die sozialen Auswirkungen. Keine Art von Studiengebühren ist sozial verträglich!“, sagte Tück. fzs und ABS sehen zudem derzeit nicht die Möglichkeit für ein Stipendiensystem. Auch dazu fehlten dem Staat derzeit die nötigen Einnahmen, folglich sei auch dies ohne eine Neuorientierung in der Steuerpolitik nicht denkbar. „Dann finanziert man aber besser gleich die Hochschulen und lässt verstaubte Konzepte wie Studiengebühren in der Schublade“, so Tück abschließend. www.fzs-online.org

Protest zu geschichtsfälschendem Vortrag bei Clausewitz-Gesellschaft

ULM. Die VVN-BdA-Sprecherin Cornelia Kerth protestiert gegen den geplanten Vortrag des ehemaligen Generalmajors der Bundeswehr, Gerd Schultze-Rhonhof (Buxtehude), den er am 5. Juli 2004 bei der Clausewitz-Gesellschaft (Regionalkreis Südwest) halten soll. Der Vortrag mit dem Titel „Zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – Eine politische Bewertung“ soll im Hotel und Rasthaus Seligweiler stattfinden. Im Frühjahr 2003 hatte Schulze-Rhonhof ein geschichtsrevisionistisches Buch „1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte“ veröffentlicht. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schrieb dazu unter der Überschrift „Abstrusen zur Vorgeschichte des Zweiten

Weltkrieges“, dass sich das Buch weniger im Bereich der Forschung, vielmehr in den alten Spuren von Ideologie und Propaganda bewege. Neu sei lediglich, dass derartiges von einem ehemals führenden Offizier der Bundeswehr öffentlich vertreten werde. Und die „Welt“ sieht in dem Buch Geschichtsmythen publiziert, die in rechtsextremistischen Kreisen weit verbreitet sind. Die Behauptung, Hitler habe den Zweiten Weltkrieg nicht aus eigenem Willen begonnen, sondern sei in den Krieg „gezwungen“ worden, tauche auch bei Schultze-Rhonhof auf. Er mache gleich sechs Staaten für den deutschen Angriff auf Polen verantwortlich.

Als besonders besorgniserregend schätzt Cornelia Kerth die Tatsache ein, dass ausgerechnet die renommierte Clausewitz-Gesellschaft, der mehrheitlich aktive und ehemalige Generalstabs-/Admiralstabsoffiziere der Bundeswehr angehören, eine derart geschichtsrevisionistische Veranstaltung organisiert. „Die VVN-BdA erwartet“, so die VVN-BdA-Sprecherin, „dass die Clausewitz-Gesellschaft den Ex-Generalmajor umgehend wieder auslädt.“ Andernfalls sei die Führungssakademie der Bundeswehr in Hamburg, bei der die Clausewitz-Gesellschaft ihren Sitz hat, aufgefordert, ihr Verhältnis zur Clausewitz-Gesellschaft zu überprüfen. www.vvn-bda.de

DFG-VK Aktionsrad-tour für Abrüstung

OBERNDORF. Eine Aktionsradtour unter dem Motto „Rüstungshaushalt senken, Schritte zur Abrüstung statt Sozialabbau“ führten Friedensaktivisten vom 1. bis 8. Juni auf den etwa 400 km langen Weg von Zimmern ob Rottweil über Oberndorf am Neckar, Calw, Stuttgart, Ulm, Günzburg, Donauwörth, Neuburg und Ingolstadt nach Manching. Die Friedensfahrradtour zu Standorten von Bundeswehr und Rüstungsindustrie in Süddeutschland zielte darauf ab, das Problembewusstsein in der Bevölkerung zu fördern und einen sozialverträglichen

Prozess der Umstellung der Rüstungsindustrie in die Wege zu leiten. „Anstatt der geplanten Steigerung der Verteidigungsausgaben ab 2006 von 24,3 Milliarden auf über 25 Milliarden Euro, die ab 2007 jährlich weitergeführt werden soll, setzen wir uns für eine 5 %-ige Senkung des Rüstungshaushalts pro Jahr ein“, stellt Thomas Rödl die Alternativen der DFG-VK vor. Die über 50 Milliarden Euro, die auf diese Weise bis 2013 frei würden, könnten für soziale Leistungen, eine sinnvolle Energiepolitik und Entwicklungshilfe zur Verfügung stehen.

Das Foto zeigt eine der Aktionen: Unter dem Motto „Schließen statt schießen“ verschloss DFG-VK-Bundessprecher

Jürgen Grässlin gemeinsam mit weiteren Friedensaktivisten am 1. Juni mit Fahrradschlössern das Werkstor des Waffenproduzenten Heckler & Koch in Oberndorf. Zuvor hatten die Demonstranten das Firmengelände mit einem Fahrradkorso umfahren. Die Fahrt wurde am 8. Juni abgeschlossen mit Infoständen, Mahnwachen und anderen gewaltfreien Aktionen in Neuburg/Donau sowie vor den Werkstoren des EADS/Eurofighter-Werks in Manching. www.dfg-vk.de

Bremer Senat lässt Gesundheits-Volksbegehren zu

BREMEN. Der Senat hat in seiner Sitzung am 8.6.2004 beschlossen, das Volksbegehren „Gesundheit ist keine Ware Nr. 1“ zuzulassen. Der Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens war von attac und ver.di initiiert, von insgesamt 4281 Stimmberechtigten unterstützt und am 30.4.2004 beim Wahlleiter eingereicht worden. Der mit dem Antrag eingereichte Entwurf eines Ortsgesetzes zielt darauf ab, das von der Stadtbürgerschaft am 8. April 2003 beschlossene Ortsgesetz zur Umwandlung der Krankenhausbetriebe der Stadtgemeinde Bremen in privatrechtliche Unternehmen und zur Errichtung einer Holding- und einer Grundstücksgesellschaft (KrankenhausunternehmensOrtsgesetz) aufzuheben und das



bis dahin geltende Krankenhausbetriebsgesetz wieder in Kraft zu setzen.

Für das Volksbegehren selbst sind nun nach Bremischem Recht innerhalb von drei Monaten etwa 40.000 Unterschriften nötig. Text des Volksbegehrens unter www.attac.de/bremen/volksentscheid.htm

Marburger Tagung (R)ECHTE ELITEN am 3. Juli 2004

MARBURG. Die ASten Marburg und Giesen laden zusammen mit anderen studentischen Gruppen zur Tagung im Marburger Hörsaalgebäude (10-18.30 Uhr) ein. Stichworte sind: Männerbündische Verfassheit von Hochschule und Gesellschaft, Dimensionen des Elitebegriffs, Männlichkeitssbilder, Bildungselite, Elitenmotiv, Elitenauslese, rechte Institutionen, wie einflussreich ist antiegalitäres Denken im gesellschaftlichen Kontext. Detailliertes Programm und weitere Infos unter www.p-kw.de.

Zusammenstellung: baf

Auf Konkurrenzfähigkeit getrimmt

HAMBURG. Gegenwärtig finden auch in den Krankenhäusern des LBK – unabhängig von der drohenden Privatisierung – fast schon dramatische Veränderungen statt, die das Privatisierungsvorhaben begünstigen. Eine der Hauptursachen ist das Finanzierungssystem durch Fallpauschalen (DRG), das zu Jahresbeginn für alle Krankenhäuser verbindlich wurde. Der Marburger Bund, eine gewerkschaftsähnliche Organisation der Krankenhausärzte, warnt dringend davor, dass die DRG-Einführung und die Privatisierung zum Vorwand genommen werden, „um mit der Brechstange Änderungen im LBK durchzusetzen, die die medizinische Versorgung und die Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter nachhaltig berühren“.¹

Die flächendeckende Finanzierung der Krankenhäuser durch Fallpauschalen, so ihre Befürworter, „erhöht die Transparenz von Qualität und Wirtschaftlichkeit und setzt ökonomische Anreize, die Kosten zu senken“.² Dieses Verfahren erlaubt es, „auf der Basis bundesweit einheitlicher Fallkategorien und Relativgewichte in Verhandlungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen auf Landesebene einen Basisfallwert zu verhandeln („gemeinsam und einheitlich“), der den Wert aller anderen Behandlungsfälle entsprechend ihrer Behandlungsschwere und des damit verbundenen Aufwands bestimmt.“² Was daraus folgt?

Die Krankenhäuser des LBK haben im Landesdurchschnitt und erst recht im Bundesdurchschnitt einen „überhohen“ Basisfallwert. Das bedeutet: „es wird im LBK eine eher durchschnittliche Fallschwere mit zu hohem Aufwand behandelt.“² Gegen sparsamen Umgang mit den Ressourcen ist wenig einzuwenden, und wenn die Fallpauschalen-Finanzierung dazu beiträgt, muss das nicht kritisiert werden. Aber die Gefahr, dass das Krankenhaus, angetrieben durch den „zu hohen“ Basisfallwert, am Patienten und seiner medizinischen Versorgung spart, um so die Kosten zu senken, ist erheblich. Auf der schon erwähnten HWP-Podiumsdiskussion zählte der Fachreferent der Verbraucher-Zentrale Hamburg, Christoph Kranich, zu den Vorteilen der Fallpauschalen: „Sie vermeiden überflüssige Liegetage. Dadurch verringern sie beispielsweise die Gefahr von Infektionen im Krankenhaus.“ Aber in der Patientenberatung sei die Verbraucher-Zentrale vor allem mit den dicht dabei liegenden Schattenseiten konfrontiert: „Bekannt ist vor allem die zu frühe („blutige“) Entlassung. Patienten fühlen sich zwischen alle Stühle gefallen, wenn sie kurz nach der OP „ausgeschmissen“ und sich zuhause niemand um sie kümmert, oder wenn sie an andere Einrichtungen abgeschoben werden. Erneute Aufnahmen, vielleicht sogar Schädigungen aufgrund mangelnder Nachsorge sind die Folge.“³

Aber die mit der Fallpauschalen-Finanzierung verbundenen Probleme rei-

chen weiter. Der „Anpassungsbedarf“, d.h. der durch die zwischen den Krankenhäusern angeheizte Konkurrenz entstehende Druck ist enorm, und ebenso die Gefahr, dass er an die Beschäftigten und die Patienten weitergegeben wird. Eine der jetzt schon erkennbaren drohenden Folgen der Fallpauschalen-Finanzierung ist die Selektion der Patientinnen und Patienten: „die Guten ins Krankenhausbettchen, die Schlechten sollen zur Konkurrenz gehen ... Die ‚Guten‘ sind in diesem Fall Jüngere und Gesündere, die ‚Schlechten‘ alte und multimorbide (mehrfach erkrankte – Verf.) oder aus anderen Gründen unbequeme Patienten.“³

Für das LBK z.B. will man ermittelt haben, dass die „die einfachen Leistungen zu teuer und die aufwendigen zu billig“ sind.⁴ Das könnte zu einer gewaltigen Fehlsteuerung zu Lasten der schwer kranken Patientinnen und Patienten führen. Auch beim Verkauf des LBK an private Gesundheitskonzerne bliebe der Stadt Hamburg der gesetzliche Auftrag, die stationäre Versorgung für alle sicherzustellen. Aber wie will der Senat den Auftrag denn durchsetzen, wenn die Krankenhäuser mit ihren „Angeboten“ und „Produkten“ den medizinischen Bedarf nicht mehr gewährleisten? Diese Frage ist schon angesichts der gegenwärtigen Entwicklung nicht beantwortet, und erst recht nicht mehr, wenn der Profit Privater zum Maßstab der Krankenhausentwicklung wird.

In diesem Zusammenhang führt der Vorstandssprecher des LBK, Prof. Lohmann, ein bemerkenswert offenes, gera-dezu verräterisches „Argument“ für die Privatisierung an. Als er sich lang und breit über die Konkurrenzfähigkeit des LBK auslässt und dabei nur die Belastung durch die Betriebsrenten für ehemalige Beschäftigte beklagt, wird er gefragt, ob denn nicht der jetzige Gesellschafter, die Stadt Hamburg, das Problem lösen könne.⁵ Er antwortet: „Theoretisch wäre das denkbar. Aber die Stadt hat sich dazu bisher nicht in der Lage gesehen ... Abgesehen davon ist ein öffentlicher Gesellschafter aber auch aus ordnungspolitischen Gründen künftig problematisch. Er ist nämlich dem Gemeinwohl ver-



pflichtet. So muss er sich selbstverständlich für alle Krankenhäuser engagieren.“⁶

Das derzeitige Finanzierungssystem, darüber sind sich eigentlich alle einig, beschleunigt die Zusammenlegung von Krankenhausabteilungen, die Bildung profiträchtiger übergreifender Zentren und die Stillegung von Krankenhäusern, die in der Konkurrenz nicht mithalten können. Und es verstärkt so den Anreiz zur Privatisierung.

Der Hamburger Senat hat auch nach dem Volksentscheid gegen die Privatisierung des LBK keine Anstalten unternommen, sich mit den Initiatoren des Volksentscheids zusammenzusetzen und ein Konzept für die Sicherstellung der öffentlichen Gesundheitsversorgung in Hamburg zu erarbeiten. Deshalb fordern die Initiatoren des Volksentscheids in einer 4-Punkte-Erklärung vom 25. Mai kategorisch, dass der Volksentscheid jetzt umgesetzt werden muss.⁷ *sc*

1 Auf Einladung des Marburger Bundes trafen sich am 27. Mai ca. 180 Ärztinnen und Ärzte im CCH, um über die geplanten Strukturveränderungen im LBK zu diskutieren. Die Versammlung verabschiedete mit „überwältigender Mehrheit“ eine Resolution, mit der sie ein Moratorium der Pläne forderte.

2 Prof. Dr. Leonhard Hajen, Ein Jahr Fallpauschalen – Segen oder Ruin für Hamburgs Krankenhäuser? Einleitungsreferat zur Podiumsdiskussion am 2.3.04 in der HWP

3 Christoph Kranich, Ein Jahr Fallpauschalen – Segen oder Fluch für Hamburgs Patienten?

4 So z.B. der LBK-Vorstandssprecher Prof. H. Lohmann in einem Interview mit dem LBK forum 1/04, Mai 2004

5 Nicht nur nebenbei: In dem Privatisierungsvertrag mit Asklepios ist die Lösung dieses „Problems“ ja gerade der Stadt vorbehalten.

6 Siehe Fußnote 4. Lohmann führt außerdem ins Gefecht: „Zudem ist zu erwarten, dass die Europäische Union das öffentliche Eigentum nach dem Bankensektor nun auch im Gesundheitsbereich weiter einschränken wird.“ Die Befugnisse des Europäischen Parlaments sind relativ beschränkt. Trotzdem ist es der Linken in der letzten Legislaturperiode gelungen, gestützt auf den gemeinsamen Streik der europäischen Hafenarbeiter, einen Beschluss des EU-Parlaments zu erreichen, der Privatisierung der Hafendienstleistungen durchkreuzte – ein Grund, am 13. Juni PDS zu wählen!

7 4-Punkte-Erklärung, „Der Volkswille muss gelten“, s.u. www.verdi.de/hamburg

Kurz nach Amtsübernahme hatte Landrat Dr. Grimme im Oktober letzten Jahres eine Strategiekommission eingesetzt, die eine zukünftige Struktur und Neuaustrichtung für die Kliniken des Kreises Pinneberg erarbeiten sollte. Der Erhalt aller vier Krankenhäuser in kommunaler Trägerschaft waren dabei zwei wesentliche Vorgaben. Berücksichtigt werden müssten die neuen Finanzierungsgrundlagen über ein Fallpauschalsystem (DRG), dass seit 2000 gesetzlich festgeschrieben ist und ab 2004 wirken wird. Die Strategiekommission, besetzt mit einem Gremium aus Chefärzten, Geschäftsführer, Verwaltungs- und Pflegedienstleitungen, zwei Gesamtpersonalratsvertretern und einem externen Beratungsunternehmen ist unter anderem zu dem Ergebnis gekommen, dass unter dem neuen DRG-System das kleinste Krankenhaus Uetersen nicht überlebensfähig ist. Sie empfahlen die Schließung zum 1.1.2005, um die anderen Häuser Wedel, Pinneberg und Elmshorn finanziell zu stabilisieren. Dieser Vorschlag stößt bei der Uetersener Bevölkerung und den Marschgemeinden auf heftigen Widerstand. Sie wollen, dass ihr Krankenhaus erhalten bleibt. Wir dokumentieren einen Artikel aus den Elmshorner Gegensätzen Nr.6, 11.6.04, der den jüngsten Stand der Auseinandersetzung berichtet. Zur Vorgeschichte s.a. PB Nr. 9/2004

Widerstand gegen Krankenhausabschließung in Uetersen (Schleswig-Holstein)

Krankenhaus soll abgewickelt werden

UETERSEN. Der „Rettungsplan“, wie Landrat Grimme (CDU) das Alternativkonzept für das Uetersener Krankenhaus kürzlich vorstellte, sieht weitgehend so aus, wie er seit Monaten im Gespräch ist: Es wird keine chirurgische und innere Abteilung mehr geben, Operationen werden nur noch ambulant von niedergelassenen Ärzten oder den vier der 13 verbliebenen Fachärzte durchgeführt. Zusätzlich soll ein Schwerpunkt für Altersmedizin oder Kopf-Haut-Krankheiten eingerichtet werden, wofür es aber keine Zusagen gibt. Das jetzt vorgelegte Konzept würde die Zahl der Beschäftigten von 120 auf 40 Vollzeitkräfte reduzieren. Sieben sind bereits auf die drei anderen Stand-

orte verlagert worden.

Die Uetersener Nachrichten, die sich auch für den Erhalt des Krankenhauses stark machen, kommentieren wie folgt: Es bleibe ja ein „echtes Krankenhaus“, beruhige der Landrat. Wenn man langfristig vorher geplante, ambulant ausgeführte Operationen oder das nur noch tagsüber vorgehaltene Angebot von medizinischen Behandlungen kleinerer Blessuren dazu zählt, hat er Recht. Aber eine chirurgische Notfallversorgung, wie sie die hiesige Bevölkerung und die Stadtverordneten aller Fraktionen fordern, ist das nicht mehr. Wer einen Arbeitsunfall hat, der sofort operiert werden muss, wird künftig in ein anderes

Krankenhaus gefahren werden müssen.

Dafür würde die Rettungswache hier erhalten bleiben, betonte Grimme. Vermutlich ist genau das auch mit dem Begriff „Portalkrankenhaus“ gemeint: Der Bürger begibt sich mit seinen Wehwehchen in die Uetersener Klinik und wird dann von hier nach Wedel, Pinneberg oder Elmshorn gebracht. Wer eine solche besser ausgestattete OP-Praxis für niedergelassene Ärzte als „Rettungsplan“ für die Uetersener Klinik verkauft, wie es der Landrat getan hat, streut den Bürgern Sand in die Augen.

Wenn die Stadtväter ihren gefassten Beschluss ernst meinen, müssen sie jetzt schnell handeln, bevor ihr Krankenhaus ausblutet. Ihnen liegt ein Rechtsgutachten vor, das ihnen eine gute Rechtsposition einräumt: Der Kreis kann frühestens im Jahr 2010 ausscheiden und müsste Uetersen dann ein voll funktionsfähiges Krankenhaus überlassen. So ist es 1970 vereinbart worden, und so gilt es nach wie vor, auch wenn Grimme diese Abmachung wegen der Gesundheitsreform für überholt hält. Soweit der Kommentar. Der Hinweis auf die Arbeitsunfälle, die nicht mehr akut behandelt werden können, nennt tatsächlich einen wunden Punkt: Die Stora-Enso-Papierfabrik ist ein unfallträchtiger Betrieb im Dreischicht-System sowie in Contischicht. Ebenso im benachbarten Tornesch die Panter Wellpappen- und Papierfabriken. Die Reduzierung und letztlich Abwicklung des Uetersener Krankenhauses, trifft diejenigen Beschäftigten mit der größten Gesundheitsgefährdung. (rua)

Städtische Kliniken Stuttgart

Ver.di fordert auf, über lange Wartezeiten und zu frühe Entlassungen zu berichten

ver.di Stuttgart wendet sich an die Beschäftigten der Kliniken, aber auch an Patientinnen und Patienten Fälle der absehbaren Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in den Krankenhäusern zu berichten. Durch Gutachten hat die Stadtverwaltung feststellen lassen, dass problemlos 30 Prozent der Betten eingespart werden könnten: ver.di sieht aber große Probleme, wenn das geschieht. Hier der Artikel aus dem letzten Krankenhaus-Info.

30 Prozent Bettenabbau – Was bedeutet das konkret? Alle Gutachter waren sich einig: 30 Prozent weniger Betten sind für das Klinikum Stuttgart und die Versorgungsqualität der Bürger überhaupt kein Problem. Die Einheitlichkeit der Gutachtenergebnisse basiert auf der Einheitlichkeit ihrer Annahmen. Kalkuliert man mit extrem niedrigen Verweildauern und mit unwahrscheinlich niedrigen Patientenzahlen, dann geht im Sinne einer banalen Rechenaufgabe natürlich alles. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass vom Ergebnis her gerechnet wurde. Relativ simpel also.

Zur theoretischen Begründung werden dann ganz andere Handstände vollführt, um die politische Motivation der Gutachten zu vertuschen. So argumentiert das Pföhlersche Gutachten hauptsäch-

lich mit den australischen Vergleichszahlen. Dies ist nicht korrekt, da das Gesundheitswesen dieser Länder in keiner Weise zu vergleichen ist:

- Australien ist das Land mit der geringsten Bevölkerungsdichte (2 Personen pro km²).
- Ein Großteil, der bei uns von niedergelassenen Ärzten erbrachten ambulanten Leistungen wird in Australien in Krankenhäusern durchgeführt.
- Es gibt in Australien ca. 1000 Krankenhäuser. Darin sind jedoch viele Krankenhäuser mit unter 10 Betten in sehr abgelegenen Gebieten enthalten. 734 Krankenhäuser sind „öffentliche“, in denen die Behandlung kostenlos ist. In den 317 Privatkrankenhäusern werden „öffentliche Patienten“ nicht kostenlos behandelt. Dort werden weit überwiegend nur

Wahleingriffe durchgeführt.

- In Australien liegt die Krankenhaushäufigkeit bei 292,8 Fällen auf 1000 Einwohner, in Baden-Württemberg nur bei 169 Fällen auf 1000 Einwohner. Wenn man nicht davon ausgeht, dass hier die Menschen deutlich gesünder sind, heißt das, dass in Australien wesentlich mehr (und damit andere) Fälle in Krankenhäusern behandelt werden.

- Der Anteil der Tagesfälle beträgt in Australien in öffentlichen Akutkrankenhäusern 43,3 % (!), in den privaten Krankenhäusern 53,1 %. In Deutschland liegt dieser Anteil aufgrund des ausgebauten ambulanten Sektors deutlich unter 10%.

- In Australien ist die Verweildauer in öffentlichen Einrichtungen ohne Tagesfälle zwischen 1994 auf 1998 (also während der Einführung der DRGs) von 6,8 auf 6,4 Tage gesunken, das entspricht einer Senkung nur um 5,9 %.

- Insgesamt hat die Zahl der Betten in Australien während der DRG-Einführung von 1991 bis 1998 nur um 2,8 % abgenommen. Die DRG-Einführung in Australien hat also nicht annähernd zu dem von den Gutachtern prognostizierten Bettenabbau von ca. 30 % geführt.
- Seit 1998 steigt in Australien die Verweildauer wieder und zwar von 3,3 auf 4,1 Tage (incl. Tagesfälle) und von 5,4 auf

→ 6,9 Tage (ohne Tagesfälle). Auch dies wird von den Gutachten in keiner Weise berücksichtigt.

30 Prozent Abbau oder 750 Betten weniger, bezogen auf das Gesamtklinikum, mag ja noch abstrakt genug sein, um sich die praktischen Konsequenzen nicht vorstellen zu können. Bedenkt man aber, dass ein Teil der Abteilungen von den Kürzungen nicht betroffen sein werden (Intensivstationen, Neonatologie und die gesamte Psychiatrie), so verteilt sich die Bettenkürzung bereits auf eine viel kleinere Gesamtzahl und der prozentuale Faktor steigt auf 37 Prozent. Wir haben uns die Mühe gemacht, diesen prozentualen Kürzungsfaktor, der genommen werden muss, um zur Gesamteinsparung zu kommen, einmal auf die jetzt bestehenden Abteilungen herunter zu rechnen. Wir gehen dabei davon aus, dass alle Abteilungen von den Kürzungen gleich betroffen sein werden.

Man erkennt relativ gut, dass diese Bettenkürzung für einige Abteilungen und Bereiche eine deutliche Einschränkung der Funktionsfähigkeit bedeuten würde. Geht man anders vor und verschont kleinere Bereiche, muss man in den größeren, also hauptsächlich in der Chirurgie und in der Inneren, noch mehr kürzen, was mit Sicherheit zu Versorgungsgängen führen wird.

Logischerweise führt ein Bettenabbau zu Problemen am Anfang und am Ende des stationären Aufenthalts: Es werden sich Wartelisten herausbilden, an diesen Wartelisten vorbei werden nur Privatpatienten kommen. Und es wird zu frühe Entlassungen geben. Sei es wegen der schieren Bettentnot oder weil es lukrativ ist, Fälle zu splitten (Abrechnung von zwei Fallpauschalen). Dies wird dann wiederum zu (volkswirtschaftlich teuren) Wiederaufnahmen führen. Welche paradoxen und gesundheitsschädlichen Folgen die Einführung der DRGs in anderen Ländern gehabt hat, lässt sich gut am Beispiel großer wissenschaftlicher Studien aus Amerika darstellen.

Bisher haben die Krankenkassen und ihr Medizinischer Dienst ja immer geprüft, ob Patienten zu lange im Krankenhaus liegen. Jetzt sollten sie ihr Betätigungs-feld rasch auf das Gegenteil umstellen. Auch wir Beschäftigten und die Bürger haben ein Interesse daran, dass diese Entwicklungen nicht eintreten, bzw. wenn sie eintreten, umgehend öffentlich werden. Deshalb hat ver.di die Initiative ergriffen und fordert alle Beschäftigten und Bürger auf, lange Wartezeiten und zu frühe Entlassungen bzw. hierdurch entstehende Gesundheits- oder Versorgungsprobleme zu berichten.

Arkel aus krankenhausinfo 2/04 www.verdi.de/baden-wuerttemberg/stuttgart-ludwigsburg) E-Mails können an Christina.Ernst@verdi.de gesandt werden. Auch brieflich oder telefonisch kann man sich an die zuständige Gewerkschaftssekretärin (Christina Ernst, ver.di Stuttgart, Willy-Bleicher-Str. 20, 70174 Stuttgart, Tel: 0711-1664-030 wenden.



Zum dritten Mal fand Pfingsten 2004 die Protestaktion gegen das jährliche Treffen der Gebirgsjägertruppen auf dem Hohen Brendten in Mittenwald statt. Es waren Gäste aus Griechenland, Italien und Frankreich dabei – Überlebende der Massaker, die von den schon damals als Eliteeinheiten geläufigen Wehrmachtstruppen verübt wurden. Mit etwa 400 TeilnehmerInnen war die Demonstration am 29.5.2004, die sich kreuz und quer durch den kleinen Ort bewegte, auf jeden Fall beeindruckend und hinterließ auch ihre Spuren. Berichte und Fotos in www.forumaugsburg.de.

VVN/BdA-Brief an die Bundesregierung, 2.6.04

Angreifbare Traditionspflege

Zur Unterstützung des Treffens des völkisch-reaktionären „Kameradenkreis Gebirgstruppe“ durch die Bundesregierung und bayerische Staatsregierung.

Sehr geehrte Damen und Herren Minister! Alljährlich zu Pfingsten findet in Mittenwald auf dem Hohen Brendten das größte deutsche Soldatentreffen aller Generationen, das Traditionstreffen der Gebirgsjäger-Kameradschaft statt. Wehrmachtsteranen, darunter mutmaßlich Mörder an Zivilisten vieler Länder Europas, sowie Aktive der Bundeswehr versammelten sich dort auch in diesem Jahr wieder. Und wieder gab es auch die Tradition des demokratischen Protestes dagegen. Arbeitskreis Angreifbare Traditionspflege und die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/BdA stellten nun schon zum dritten Mal der militaristischen, das NS-Regime würdigenden „Traditionspflege“ öffentliche Informationen über die ungesühnten Verbrechen der Truppe in ganz Europa entgegen – denn kein einziger Täter aus der Gebirgstruppe der Nazis wurde bisher zur Rechenschaft gezogen, und die überlebenden Opfer warten noch immer auf Entschädigung. Die dem Traditionserlass des Bundesverteidigungsministers zuwiderlaufende Traditionspflege der Veteranen und Reservisten wird zugleich beibehalten.

Mit Zustimmung haben wir daher die Absatzbewegungen des Bundesverteidigungsministeriums von dem diesjährigen Brendtentreffen verfolgt, die sich in der Weigerung äußerten, diesmal einen der hohen Generäle zu entsenden, der den Kranz zu Ehren auch der Kriegsverbrecher niedergelegt, und das Gebirgsjägermusikkorps aus Garmisch-Partenkirchen aufspielen zu lassen.

Doch dann kam es zu einer demonstrativen Zustimmung aus Berlin zu dem Treffen, die Bisheriges noch in den Schatten stellte. Da war am Pfingstsonntag dann plötzlich die Militärmusik da, und der Chef aller Gebirgsjäger, der Generalmajor und Kommandeur der 10. Panzerdivision Manfred Engelhardt legte den Kranz des Bundesministers der Verteidigung nieder. Im Verfassungsschutzbericht des Ministers Schily wurden die Protestierer gegen das Treffen als Linksextremisten bezeichnet und es war in dem Bericht vom „traditionellen jährlichen Treffen der Gebirgstruppe der Bundeswehr in Mittenwald (Bayern)“ die Rede. Der zutreffende Satz: „Die Bundeswehr erweist sich auch fast 50 Jahre nach ihrer Gründung als Verein zur Strafvereitung zu Gunsten von Mör dern“, wurde unter Verfassungsfeindlichkeit einrangiert. Dies obwohl der Kameradenkreispräsident sich dazu bekannte, dass die Teilnehmer an Massakern Mitglied des Kameradenkreises blieben und verstorbene Täter mit ins ehrende Todengedenken einbezogen sind.

Dabei hatte die Bundeswehr in letzter Zeit mehrfach darauf hingewiesen, nicht sie, sondern der Kameradenkreis sei der Veranstalter des Brendten-Treffens. Jetzt also ein Treffen der Bundeswehr und damit des Ministers?

Offenbar abgestimmt mit Berlin waren die Reden des Generals a.D. Ernst Coqui und des evangelischen Militärgeistlichen Wolfgang Scheel, die erstmals deutsche Kriegsverbrechen einräumten, was offenbar Voraussetzung für ministerielles Mittun war. Das Garmisch-Partenkirchner Tagblatt vom 1.6.04 vermerkte, dass der Präsident des Kameradenkreises auch auf Verbrechen von Gebirgssoldaten im Zweiten Weltkrieg einging. Zugleich sprach er von „großen Leistungen der Gebirgstruppe im Krieg“, die bisweilen „schändlich missbraucht worden“ sei. Coqui stellte nicht nur Opfer und Täter auf eine Stufe, sondern er machte den antifaschistischen Widerstandskampf der Völker für die Massenmorde der NS-Wehrmacht an der Zivilbevölkerung verantwortlich: „Es darf keine Tabus in der Aufarbeitung der eigenen Geschichte geben. Dies trifft im Besonderen auf den Partisanenkampf zu, der zu allen Zeiten grausam und unritterlich ist und mehr Opfer in der Zivilbevölkerung fordert als jeder reguläre Kampf.“

Wir verurteilen die Gleichsetzung der Verbrechen der Wehrmacht mit dem Widerstand der Antifaschisten. Dieser Widerstand wurde dann auch noch verantwortlich gemacht für das Leid der Zivilbevölkerung. Doch es war die deutsche Gebirgstruppe, die Tausende Zivilisten ermordete und die Juden deportationen aus dem Balkan vornahm.

Wir verurteilen zugleich die Geschichtsklitterung durch den evangelischen Militärpfarrer der behauptete: Deutschland sei in den Krieg hineingezogen worden und die Grundlagen der freiheitlich-demokratischen Entwicklung nach 1945 seien von den Angehörigen der

Hitler-Wehrmacht gelegt worden, die nie etwas schlechtes über den demokratischen Staat gesagt und die heutigen Bundeswehr erzogen hätten. Alle Bundeswehrskandale um die „Innere Führung“, ausgelöst durch die Legionen von Hitleroffizieren in Bundeswehruniform, wurden so hinweggeleugnet. Verleumdet wurden die Friedensdemonstranten, die sich zu Recht gegen die Traditionspflege der Gebirgsruppe wenden. Wie überhaupt die ganze Zeremonie begleitet wurde von einem tausendfachen Polizeiaufgebot und von Sprecherklärungen der Polizei und mancher Offiziere a.D. über die „gewalttätigen“ antifaschistischen Demonstranten, die von nichtbayerischen ARD-Sendern für viel Geld nach Mittenwald gebracht worden seien, um das „Gedenken für die Gefallenen und Vermissten“ zu stören. Diese Stimmungsmache führte zu ungerechtfertigten Festnahmen, zu Übergriffen überforderter Polizeibeamter und zu Hassattacken aus der Bevölkerung, bis hin zur Äußerung gegenüber einem jüdischen Demonstranten und Theresienstadt-Überlebenden, Hitler habe vergessen, ihn zu vergasen.

Wir verurteilen die „geistige Aufrüstung“, mit der gegen das Grundgesetz mit seinem Friedensgebot und Verbot der Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen verstoßen wird. Das Treffen auf dem Hohen Brendten galt die Verharmlosung vergangener und Vorbereitung neuer Kriege.

Wir erwarten von der Bundesregierung: Machen Sie Schluß mit der antidemokratischen militaristischen Traditionarbeit des Militärs. Leisten Sie endlich Beiträge zur Entschädigung der Opfer der Wehrmachtsverbrecher und zur Bestrafung der Täter. Unterstützen Sie die Aktion des Simon Wiesenthal Zentrums „Operation letzte Chance“, um die verbliebenen Kriegsverbrecher aufzuspüren. Lassen Sie nicht länger zu, dass Vertreter der Bundesregierung in Prozessen um die Entschädigung der italienischen und griechischen Opfer deutscher Massaker und deutscher Zwangsarbeit behaupten, diese Untaten seien nun einmal Teil des damaligen Kriegsgeschehens gewesen und die Überlebenden seien nicht berechtigt, Entschädigung zu erlangen.

Wir haben Ihnen diesen Brief geschrieben, weil das, was sich zu Pfingsten in Mittenwald ereignete, Ausdruck eines komplexen ressortübergreifenden Herangehens Ihrer Ministerkollegen aus dem Bereich Verteidigung, Äußeres, Justiz und Inneres ist. Dabei übersehen wir nicht die Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung. Auf Sie alle fällt zurück, was sich an Skandalösem in Mittenwald ereignete.

Für eine Antwort wären wir Ihnen sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen für die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA): Ernst Antoni, München und Ulrich Sander, Köln/Dortmund. Mitglieder des Bundesausschusses der VVN-BdA
www.nrw.vvn-bda.de

Modell Bürgerhaushalt. GÜTERSLOH.

„Das Modell Bürgerhaushalt war ein großer Erfolg! Wir haben den Nachweis erbracht, dass die Beteiligung der Menschen bei der Aufstellung eines kommunalen Haushalts sehr gut möglich ist.“ Diese positive Bilanz zog am 3. Juni 2004 Innenminister Dr. Fritz Behrens in Düsseldorf zum Abschluss des in Deutschland einzigartigen Projektes. Dreieinhalb Jahre sind die Modellkommunen Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hilden, Monheim, Vlotho und Hamm neue Wege der Bürgerbeteiligung bei der Aufstellung des Haushalts gegangen. Die Initiatoren des Projekts, das NRW-Innenministerium und die Bertelsmann Stiftung, legen nun ihren Abschlussbericht vor.

Die zentralen Bausteine des Bürgerhaushalts sind Information, Konsultation und Rechenschaft: „Im Verlauf des Projekts wurde deutlich, dass die Bürger nicht nur an verständlichen Informationen über den Haushalt interessiert sind, sondern dass sie auch bereit sind, sich aktiv an der Aufstellung zu beteiligen“, sagte Professor Marga Pröhl, Mitglied der Geschäftsleitung der Bertelsmann Stiftung. Innenminister Behrens betonte: „So können die Kommunen jetzt bei der Aufstellung des Haushalts die vielen kreativen Ideen der Menschen nutzen. Diese Chance sollten alle Städte und Gemeinden wahrnehmen.“ Wenn man es richtig anpacke, könne das komplizierte und für Viele oft nur sehr schwer durchschaubare Zahlenwerk transparent und verständlich werden. Das Projekt habe gezeigt, so betonten Behrens und Pröhl, dass ein Bürgerhaushalt in Kommunen aller Größen durchgeführt werden könne. Verwaltungsaufwand und Kosten seien gering, z.B. im Jahr 2003 in Hilden rund sieben Cent je Bürger. Auch die beteiligten Ratsmitglieder sehen im Bürgerhaushalt eine Chance: Rund 80 Prozent meinen, damit besser einschätzen zu können, was den Bürgern wichtig oder unwichtig ist. Die Projektergebnisse sind in einem Leitfaden zusammengefasst unter www.buergerhaushalt.de.

www.bertelsmann-stiftung.de

Literaturhinweise zu GATS und

Privatisierung. GATS LOKAL – PRIVATISIERUNG IN DER KOMMUNE UND DIE ROLLE DES GATS heißt eine 36-seitige Broschüre von WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V.) Berlin. AutorInnen sind Christina Deckwirth, Dominik Fette und Werner Rügemer. Schutzgebühr 3 Euro zzgl. Versand.

Weitere Veröffentlichungen: SPRUEDENDE GEWINNE? – TRANSNATIONALE KONZERNE IM WASSERSEKTOR UND DIE ROLLE DES GATS von Christina Deckwirth, WEED, Februar 2004, 3 Euro zzg. Vers., DIE REGELN DER REICHEN – HANDELS- UND INVESTITIONSPOLITISCHER REPORT 2003. 4 Euro zzgl. Versand. „ZAUBER-

FORMEL PPP“ – „ENTWICKLUNGSPARTNERSCHAFTEN MIT DER PRIVATWIRTSCHAFT. AUSMAß – RISIKIEN – KONSEQUENZEN von Uwe Hoering, 2003. 5 Euro zzgl. Versand.

Die Publikationen können bestellt werden bei: WEED, Torstraße 154, 10115 Berlin, E-mail: weed@weed-online.org
www.weed-online.org

Sale-and-lease-back-Folgen. KORBACH.

Das Sale-and-lease-back-Geschäft des Kreises blockiert den Ausbau von Betreuungsangeboten an Waldeck-Frankenberger Schulen. So wartet allein die Humboldt-Schule auf 700.000 Euro, um Räumlichkeiten für ein erweitertes Betreuungsangebot zu schaffen. Das Geld des Bundes, das vom Land Hessen verteilt werden soll, hängt in Wiesbaden in der Warteschleife. Problem: Die Verträge zwischen Bund und Land zur Verteilung der Zuschüsse gehen davon aus, dass der Schulträger auch Eigner der Gebäude ist. Eben dies ist jedoch bei Humboldt- und Ortenbergschule nicht mehr der Fall. Sie wurden Ende 2003 mit der ersten Sale-and-lease-back-Tranche des Kreises verkauft. In den Vereinbarungen zwischen Bund und Land ist ein solches Konstrukt nicht vorgesehen. Falls Hessens Finanzminister bei seinen Bedenken bleibt, muss das Land mit dem Bund eine Vereinbarung aushandeln, was noch lange dauern kann.

www.meinepolitik.de

Stellenbeschreibungen. DÜSSELDORF.

In einem gemeinsamen Schreiben an Oberbürgermeister Joachim Erwin fordern der PDS/Linke Liste-Oberbürgermeisterkandidat Frank Laubenburg, Ratsmitglied Hartmut Lohse (Leiter der Arbeitsloseninitiative Düsseldorf), Helmut Born (Landesvorstand ver.di NRW) sowie die stellvertretende Vorsitzende des ver.di-Erwerbslosenausschusses Düsseldorf, Gesine Unger, die Veröffentlichung der Stellenbeschreibungen für die vom Sozialdezernat eingerichteten Plätze für „verpflichtende gemeinnützige, zusätzliche Arbeit“. „Ganz offenkundig geht es Ihnen um den Abbau tariflicher und gesicherter Stellen im öffentlichen Dienst“ heißt es in dem Schreiben. „Das Oberverwaltungsgericht Münster hat bereits 1991 festgestellt, dass „Arbeiten, die nur zur Einsparung normaler Arbeitskräfte dienen bzw. die wegen haushaltspolitisch bedingten Personalmangels nicht im notwendigen Umfang durchgeführt werden können, obwohl sie zur eigentlichen Aufgabenerfüllung (etwa der Gemeinde) gehören“ nicht unter die Kategorie der zusätzlichen gemeinnützigen Arbeit fallen. Von daher ist die Umsetzung des Programms der „verpflichtenden gZA“ rechtlich mehr als zweifelhaft.“
<http://sozialisten.de/politik/kommunal>
Zusammenstellung: baf

Siemens-Aktionstag

Von Autokorso bis Theaterperformance: Planungen für örtliche Aktionen sind in vollem Gange.

Die Planungen für den bundesweiten Siemens-Aktionstag am 18. Juni schreiten an zahlreichen Standorten von Hamburg bis München voran. Der auf der Nürnberger Siemens-Konferenz Mitte Mai beschlossene Tag soll die bereits seit Wochen zunehmend sensibilisierte Öffentlichkeit weiter über das aktuelle Spannungsfeld der Verlagerungspläne informieren und zugleich die Solidarität zwischen den aktuell gefährdeten und den anderen Standorten demonstrieren.

Es findet an diesem Tag keine zentrale Aktion statt – jeder Standort wird vielmehr nach seinen Möglichkeiten Aktionen in Eigenregie durchführen. Das Siemens-Team sammelt im Vorfeld Informationen über die jeweils lokal und regional geplanten Aktionen, Infos bitte an siemens-dialog@igmattall.de

Folgende Beispiele geben einen auszugsweise Überblick aktueller Planungen (Stand 3. Juni):

+ Erlangen: Die Verwaltungsstelle plant zwei Kundgebungen, bei denen der bayerische IG Metall-Bezirksleiter Werner Neugebauer als Hauptredner auftreten wird

+ Cham/Regensburg: Die örtlichen Betriebsräte planen einen gemeinsamen Autokorso mit Transparenten, der die jeweiligen Standorte (Niederlassung, Osram, A&D, Siemens VDO) anfährt

+ Würzburg: Hier wird es einen Infostand in der Innenstadt geben, des Weiteren denkt man über eine mögliche Theaterperformance nach

+ Nürnberg: Geplant ist ein Zug vom Trafo-Werk zum Arbeitsamt, an dem sich auch andere Niederlassungen in Form einer Solidaritätsaktion beteiligen werden

+ München: gemeinsame Kundgebung am Marienplatz um fünf vor Zwölf

+ Augsburg: Flugblattaktion im Technopark

+ Bosch Siemens Hausgeräte/Dillingen: Info-Veranstaltungen vor dem Werkstor für alle drei Schichten

Ansonsten sind in Nordrhein-Westfalen mehrere Kundgebungen geplant, außerdem eine Fotoaktion unter dem Motto „Arbeitsplätze haben Gesichter“ und eventuell eine Podiumsdiskussion; in Hamburg und Bremen finden voraussichtlich mehrere Kundgebungen statt; in Berlin wird es nach derzeitigem Stand eine zentrale Kundgebung geben.

Der Fantasie und dem Engagement der örtlichen Betriebsräte, Belegschaften und Verwaltungsstellen sind keine Grenzen gesetzt!

(hr)

Kölner Verwaltung legt Bericht zur kommunalen Beschäftigungsförderung vor

Zur Sitzung des Wirtschaftsausschusses des Rates am 8. Juni legt die Stadtverwaltung einen von der schwarz-grünen Ratsmehrheit im Juli 2003 in Auftrag gegebenen Bericht zur „Effizienzbewertung kommunaler Beschäftigungsförderung“ vor.

Schwarz-grün: Sparen statt Fördern

Schon die Auseinandersetzung der Verwaltung mit der von schwarz – grün formulierten Hausaufgabe, die Träger kommunaler Beschäftigungsmaßnahmen ausschließlich hinsichtlich der Effizienz des Einsatzes kommunaler Gelder zu vergleichen, ist eine Ohrfeige für die mit den Scheuklappen der Hauhaltssanierung formulierte Fragestellung: Sie ist betriebswirtschaftlich sinnlos, da sie den Trägern zur Verfügung stehende Fördergelder z.B. aus EU-Programmen und von der Bundesagentur für Arbeit nicht berücksichtigt. Sie ist politisch unsinnig, weil sie mit Fördermitteln geschaffene Werte wie z.B. den Handwerkerhof Kalk, den Ausbau des Kulturbunkers Mülheim und andere Maßnahmen zur Stadtverschönerung nicht erfasst. Sie ist sozial unsinnig, da sie die integrative Wirkung öffentlich geförderte Beschäftigung nicht erfasst, wenn diese nicht unmittelbar zu einer Anschlussbeschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt führt. Und schließlich ist sie statistisch unsinnig, weil aufgrund der unterschiedlichen Förderwege und Zielgruppen so uneinheitliche Statistiken geführt werden, dass gar keine ernsthaften statistischen Vergleiche möglich sind.

Nachhaltige Beschäftigung: Statistisch nicht erfassbare Restgröße

Insbesondere kann weder die als bundesweites Pilotprojekt für die Hartz-Gesetze gefeierte Job-Börse Köln noch die

Stadt oder auch nur einer der von ihr beauftragten Träger verlässliche Angaben darüber machen, wie viele der Teilnehmer einer Maßnahme ein halbes Jahr oder auch nur drei Monate nach Ende der Fördermaßnahme noch Arbeit hat oder wieder arbeitslos ist. Statistisch gemessen wird nämlich nur, wie viele der Geförderten sich am Ende der Maßnahme nicht unmittelbar in den Sozialhilfe- bzw. Arbeitslosenstatistiken wiederfinden, also die unmittelbare Einsparung für die Stadt als Sozialhilfeträger. Der langfristige Nutzen für die Gesellschaft und vor allem die Chancen der Betroffenen auf dem Arbeitsamt sind in allen vorliegenden Erhebungen zur Bewertung kommunaler Beschäftigungsförderung nichts als eine Restgröße, die nicht einmal ernsthaft erhoben wird.

Hartz oder die Lüge vom ersten Arbeitsmarkt

Dazu heißt es in dem Bericht wörtlich: „Hinsichtlich der Bewertung von Eingliederungserfolgen wird zu berücksichtigen sein, dass einige ‚Erfolgsparameter‘ durch die Maßnahmeträger in keiner Weise zu beeinflussen sind. Der Faktor ‚konjunkturelle Situation‘ als mitentscheidende Grundlage bei direkten Übergängen in den Arbeitsmarkt ist auch durch qualitativ hochwertige Arbeit der Träger nicht auszuschalten. Außerdem ist der individuelle Erfolg einer Maßnahme für Menschen mit multiplen Hemmnissen inzwischen unterhalb des Übergangs in

IG Metall startet Begehren gegen Sozialabbau

Erstes Arbeitnehmerbegehren in Deutschland

MANNHEIM. Die IG Metall startet am 1. Juni das erste Arbeitnehmerbegehren in Deutschland als Ausdruck des gesellschaftlichen Protestes gegen den Sozialabbau. „Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, die Sackgasse zu erkennen, in der Regierung und Opposition stecken“, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, auf einer Pressekonferenz am Mittwoch in Frankfurt. „Man wird diese Sackgasse nicht verlassen, indem man jetzt mit höherer Geschwindigkeit gegen die Wand fährt, sondern indem man endlich die Richtung ändert.“ Bis in den Herbst hinein werde die IG Metall für eine andere Reformpolitik werben und ein Votum in den Betrieben und der Öffentlichkeit sammeln, um es dann den politischen Parteien zu präsentieren.

„Der politische und ökonomische Mainstream spült derzeit alles weg, was nicht stromlinienförmig ins Konzept passt“, sagte Peters. Dem wolle die IG Metall mit dem Arbeitnehmerbegehren entgegenwirken und für ihre Alternativkonzepte in der Wirtschafts- und Sozialpolitik werben. Beispielhaft verwies Peters auf das Modell der Bürgerversicherung, bei der durch das Einbeziehen von Selbständigen und Beamten die gesetzliche Krankenversicherung auf eine breitere Basis gestellt werden soll. „Wir brauchen ein gesetzliches Rentenniveau, das Altersarmut verhindert“, sagte Peters und plädierte für eine Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge. In der Steuerpolitik sprach er sich für einen Eingangssteuersatz von 15 Prozent, einen Spit-

Beschäftigung in Aspekten der sozialen Integration anzusiedeln.“

Neben der simplen Tatsache, dass eine kommunale Beschäftigungspolitik, die wie auch die Hartz-Gesetze einseitig darauf orientiert, die Arbeitslosen bei Strafe des Leistungsentzuges für einen ‚ersten Arbeitsmarkt‘ zu orientieren, wo es auch zu immer niedrigeren Löhnen keine Arbeitsplätze gibt, keinen einzigen Arbeitsplatz schafft, macht der Bericht der Verwaltung aber auch deutlich, dass die Aufspaltung der Erwerbslosen in ‚beschäftigungsfähige‘ und ‚nicht beschäftigungsfähige‘ mehr Probleme schafft als löst: Die Konkurrenz der Träger um die ‚besten Erwerbslosen‘ konterkariert bereits beschlossene städtische Beschäftigungsprogramme:

„Für bereits beschlossene Projekte wie z.B. das Stadtverschönerungsprogramm können aus dem Personenkreis der arbeitslosen Sozialhilfeempfängerinnen für die Fachdienststelle Hilfe zur Arbeit nur noch sehr begrenzt geeignete Teilnehmerinnen gefunden werden, die die Mindestanforderungen an fachliche und persönliche Kompetenzen für diese Tätigkeiten erfüllen. Im Job Center werden diese in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt.“

Dass unter den arbeitslosen SozialhilfeempfängerInnen in Köln keine Menschen mehr zu finden sind, die für das Ab-

reißen von Plakaten oder die Reinigung von Grünflächen zu gebrauchen sind, ist ein schlagendes Argument – gegen populistische Stimmungsmache mit der Legende vom Faulenzer in der sozialen Hängematte ebenso wie die alleinige Ausrichtung der Beschäftigungspolitik von Kommune und Bund an der sogenannten „Beschäftigungsfähigkeit“ auf dem ersten Arbeitsmarkt.

Dass diese von der stadteigenen KGAB aufgelegten und – eher lustlos ohne individuelle Förderung und Qualifizierung abgewickelten – Beschäftigungsprogramme wie das Stadtverschönerungsprogramm zur Zeit die niedrigsten Eingliederungsquoten aller Träger aufweisen, wird Schwarz-grün wohl zum Anlass nehmen, die Umorientierung öffentlicher Beschäftigungsförderung auf Niedriglohnsektoren im ersten Arbeitsmarkt zu verschärfen; doch neue Beschäftigung entsteht so gerade nicht.

Ohne öffentlich geförderte Beschäftigung geht es nicht

Während die hoch effektiven neuen Maßnahmen im Sinne von ‚Fördern und Fördern‘ Eingliederungsquoten von im Trägerdurchschnitt 35 % erreichen, betrug die eher beiläufig in den Bericht eingesetzte Vergleichszahl bei den almodischen und ineffektiven ABM-Maßnahmen immerhin 41 %. Förderung von ‚Beschäftigungsfähigkeit‘ schafft also weniger Beschäftigung als öffentlich geförderte Beschäftigung, so eine der für den neoliberalen mainstream unangenehme Wahrheit des Berichts, in dem die Kölner PDS gute Argumente für ihren Vorschlag findet, mit dem Programm ‚Neue Arbeit für Köln‘ öffentliche Beschäftigung im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich dauerhaft zu fördern.

Wolfgang Lindweiler
Lokalberichte Köln Nr.
12/2004

Europäische Handelskammer in Nordkorea. HB, Mi., 2.6.04. – Neben der Eröffnung des Goethe-Instituts in Pjöngjang durch die Vorsitzende J. Limbach richtete auch die Europäische Handelskammer ein Büro in Nordkorea ein, das beim Einstieg in den nordkoreanischen Markt helfen soll.

BDI wirft Trittin „Irreführung“ vor. – Zum Auftakt der Weltkonferenz für erneuerbare Energien ist ein Streit um die Beschäftigungseffekte einer Förderung von Wind- und Wasserkraft entbrannt. Während Bundesumweltminister J. Trittin für Deutschland mit mehreren hunderttausend neuen Jobs in der Branche rechnet, sagen zwei aktuelle Studien Arbeitsplatzverluste voraus. Der Bundesverband erneuerbarer Energien (BEE) wies die Ergebnisse dieser Studien allerdings als „groben Unfug“ zurück. Kern des Streits sind unterschiedliche Ansichten über die Bedeutung der Ökostrom-Subventionen für andere Sektoren. „Trittin verschweigt, dass die durch Subventionen und Strompreisaufschläge verursachten Belastungen zu Beschäftigungsverlusten in der Wirtschaft führen“, kritisierte BDI-Hauptgeschäftsführungsmitglied C. Kreklau.

Pharmaindustrie will für Medikamente werben. HB, Mi./Do., 9./10.6.04. – Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie (BPI) hat die Bundesregierung aufgefordert, das Verbot der Publikumswerbung für nicht verschreibungspflichtige Medikamente zu lockern. Der Wegfall der Erstattungspflicht für nicht rezeptpflichtige Medikamente habe in vielen Fällen zum „Marktausschluss“ von Unternehmen geführt.

Wirtschaft begrüßt Pläne zur Rücknahme der Ausbildungsabgabe. – Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) begrüßt die Pläne des SPD-Vorsitzenden F. Müntefering, das Gesetzgebungsverfahren für die Ausbildungsabgabe auszusetzen, falls die Wirtschaft allen Lehrstellen-Bewerbern einen Ausbildungssplatz garantiere. Dadurch, so DIHK-Präsident L.-G. Braun, sei Bewegung in die Verhandlungen gekommen. Während der DIHK die Schaffung von ca. 25 000 zusätzlichen Lehrstellen garantieren will, lehnt dies der Arbeitgeberverband BDA ab.

Irak öffnet deutschen Firmen die Türen. HB, Fri./Sa. 4./5.0.04. „Deutschland wird seinen Anteil am Wiederabbau bekommen“, so H. Habib, Vizepräsident der irakischen Industrieföderation. Nach der Übertragung der Souveränität seien die irakischen Behörden frei, ihre Entscheidungen zu treffen. Die US-Regierung schließt nicht mehr aus, dass künftig auch deutsche Firmen im Irak bei mit US-Steuergeldern finanzierten Aufträgen als Generalunternehmer zum Zuge kommen.

Presseauswertung: rst



zensteuersatz von zumindest 45 Prozent sowie für die Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaften aus. Entschieden forderte er die Rücknahme der verschärften Zumutbarkeitsregelungen für Langzeitarbeitslose. „Damit werden schuldlos arbeitslose Menschen zusätzlich bestraft und entwürdigt“, sagte Peters. Er forderte eine offensive Beschäftigungspolitik und ein europaweit abgestimmtes Investitionsprogramm. „Wenn wir jetzt nicht investieren, hinterlassen wir unseren Kindern ein Land mit maroder Infrastruktur, krankem Gesundheitswesen und rückständigem Bildungssystem.“ Wenn der Anschluss hier verloren gehe, werde sich das Industrieland Deutschland nie von dieser Hypothek erholen, warnte Peters.

Peters rief Verbände und Organisationen dazu auf, sich dem Arbeitnehmerbegehr anzuschließen. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die Initiative der IG Metall auf breite gesellschaftliche Zustimmung stoßen werde. „Zum Aktionstag der Gewerkschaften am 3. April sind bei der größten Demonstration in Deutschland über 500 000 Menschen auf die Straße gegangen. Die Quittung, die wir der Politik mündlich gegeben haben, bekommt sie jetzt auch schriftlich.“ Der Eintrag in das Arbeitnehmerbegehr ist auch online über die eigens eingerichtete Internetseite möglich.

IG Metall Mannheim, Presseerklärung vom 18. Mai 2004

•

Zur Menschenrechtslage in der Türkei

Eine der ersten großen strategisch-politischen Entscheidungen, mit denen das neu gewählte Europäische Parlament befasst sein wird, wird in den nächsten Monaten die Entscheidung über die förmliche Aufnahme von Beitragsverhandlungen der Türkei mit der EU sein. Schon im Vorfeld dieser Entscheidungen wächst der Abschiebedruck auf in der Bundesrepublik und in anderen Ländern der EU lebende Flüchtlinge aus der Türkei. Wird die Türkei von der EU als „demokratisch“ eingestuft, so entfallen damit auch alle Asylgründe. Vielen Flüchtlingen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die aber aus anderen Gründen bisher „geduldet“ wurden, droht dann die Abschiebung in die Türkei, anderen, die nach der Auf-

nahme dieser Verhandlungen erstmals nach Europa kommen, die sofortige Zurückweisung, die sofortige Abweisung schon an den Grenzen.

Wie die tatsächliche Menschenrechtslage in der Türkei hinter der Fassade der offiziellen Gesetzesänderungen aussieht, wird deshalb auch im EU-Parlament in der nächsten Zeit noch wichtiger. Hier Auszüge aus dem Protokoll eines „Fachgesprächs zur asylrelevanten Menschenrechtslage in der Türkei“, das die Rechtsanwaltskammer Berlin Anfang April 2004 gemeinsam mit zwei Experten aus der Türkei, dem Präsidenten der Rechtsanwaltskammer von Diyarbakir, Rechtsanwalt Sezgin Tanrikulu, und einem Istanbuler Arzt und Experten für die Be-

handlung von Folteropfern geführt hat. Wir entnahmen den Text der Homepage des Republikanischen Anwaltsvereins RAV, www.rav.de. (rül)

Vortrag RA Sezgin Tanrikulu, Präsident der Rechtsanwaltskammer Diyarbakir/Türkei

In den kurdischen Gebieten der Türkei habe der Konflikt zwischen kurdischer Bewegung und türkischem Staat seit 1984 zu fürchterlichen Menschenrechtsverletzungen geführt. Die Beendigung des bewaffneten Kampfes 1999 habe zu einer gewissen Entspannung beigetragen, was seit 2000 in die Phase möglicher Beitragsverhandlungen der Türkei zur



Kersten Naumann und Volker Steinke wurden mit jeweils großer Mehrheit erneut für zwei Jahre als Sprecher des Parteirates wiedergewählt.

Der Parteirat befasste sich dann mit den Vorschlägen der Statutenkommission, insbesondere zu den Vorschlägen, den Parteirat betreffend, und der Arbeit der Kommission „Parteireform“. Claudia Gohde, Sigrun Merkle und Jens Matthijs als VertreterInnen dieser Kommissionen erläuterten die vorliegenden Vorschläge. Mehrheitlich wurden in der Diskussion die Veränderungsvorschläge zum Parteirat im Statut abgelehnt. Die gegenwärtigen Formulierungen im Statut sollten bestätigt werden. Als Problem wurde jedoch die konsequente Einhaltung der Statutenfestlegungen gesehen. Der Parteirat wird sich auf seiner nächsten Sitzung erneut mit diesen Fragen beschäftigen, um dem Parteitag seine Vorschläge zu unterbreiten. Die anwesenden PR-Mitglieder füllten dann ein Leitbild-Diagramm zur PDS-Entwicklung aus und unterstützen damit die analytische Arbeit der Kommission zur Parteireform. Es wurde festgestellt, dass die Diskussion zur Parteireform noch zu wenig an der Basis geführt wird. Es kommt vor allem darauf an, eine Problemsicht zu entwickeln.“

Das *Neue Deutschland* veröffentlichte am 14. Juni ein Interview mit Hamburgs oberstem **Verfassungsschützer Heino Vahldieck**:

„Mit welchen Mitteln wird die PDS beobachtet?

Für unsere Arbeit stehen uns alle Mittel zur Verfügung. Neben dem Auswerten offener Quellen können wir zum Beispiel V-Leute installieren. Für alle Extremismus-Bereiche behalten wir uns alle zulässigen Möglichkeiten grundsätzlich vor.

Seit 2001 wird die Kommunistische Plattform beobachtet, seit Januar 2003 die gesamte PDS. Wie kam es dazu?

Durch die Beobachtung der linksextremistischen Szene insgesamt haben wir – auch aus offenen Quellen – neue Erkenntnisse gewonnen. Es gab nicht ein bestimmtes Ereignis, das uns dazu bewogen hat, die PDS in toto als linksextremistisch einzustufen. Das war das Ergebnis eines längeren Prüfungsprozesses. Möglicherweise wurde die PDS aus politischer Rücksichtnahme vorher nicht beobachtet.

Das ist mir nicht konkret genug.

Die Person des Landessprechers mit seiner PKK-Anbindung ist sicherlich ein Indiz. Überhaupt stellen wir fest, dass Personen aus diesem Spektrum bei der PDS andocken. Personelle Verquickungen mit den PKK-Nachfolgeorganisationen KADEK und KONGRA GEL stoßen auf unser besonderes Interesse. Ich erinnere auch daran, dass Gregor Gysi im Bürgerschafts-Wahlkampf für die Gruppe REGENBOGEN Werbung gemacht hat. Wenn ein in der Wölle gefärbter PDSler, auch wenn er sich in der Öffentlichkeit geschmeidig gibt, so etwas tut, dann ist das ein Zeichen dafür, dass der Hamburger Landesverband ein bisschen aus dem Rahmen fällt.“

Wir dokumentieren Auszüge aus der Austrittserklärung des ehemaligen PDS-Bundestagsabgeordneten **Winfried Wolf** vom 21. Mai 2004. Die gesamte Erklärung ist sehr ausführlich. Schade, dass er die Europawahlen nicht abwarten konnte.

„Hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der PDS.

Die Entwicklung der PDS in den letzten zwei Jahren weg von den ursprünglichen sozialistischen Zielsetzungen und die Verabschiedung eines neuen PDS-

Programms mit einem Bekenntnis zum kapitalistischen Profitprinzip vom Oktober 2003 sind dafür ausschlaggebend. Ich wollte mir mit dem Schritt jedoch Zeit lassen, um keine übereilte Entscheidung zu treffen. Es war dann ergänzend auch die jüngere Entwicklung der PDS, die mich in meinem Entschluss bestärkte:

- das unbeirrte Festhalten der PDS an der neoliberalen Politik in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern trotz der Massenproteste vom November 2003 und April 2004 – zuletzt dokumentiert mit dem Parteitag der PDS Berlin vom 16. Mai 2004.

- Der PDS-Wahlkampf zur Europawahl, in dem die PDS eine Verdummung potentieller Wählerinnen und Wähler betreibt: sie fordert zwar ein Referendum über die EU-Verfassung, stellt jedoch nicht die miltaristischen Elemente dieser Verfassung und ein Nein der PDS dazu ins Zentrum. Gleichzeitig verschweigt sie bewusst, dass sie diesem Entwurf im EU-Verfassungskonvent im Juni 2003 zustimmte.

- Eine PDS-Linke, die nicht nach außen erkennbar als „andere PDS“ und als konsequente Kritikerin des Mehrheitskurses auftritt und sich stattdessen für das Ziel instrumentalisieren lässt, der PDS bei der Europawahl über die 5-Prozent-Hürde zu verhelfen.

Selbstverständlich verfolge ich mit Interesse die Debatten über die Herausbildung einer neuen, sozial engagierten Partei. Hier ist festzustellen, dass die PDS für die vielen Zehntausend, die aus der SPD austraten, und für die Tausende, die sich für eine solche neue Partei engagieren, kein Bezugspunkt mehr ist. Ich möchte aber deutlich machen, dass mein Austritt aus der PDS mit diesen Parteibildungs-Versuchen nichts zu tun hat und ich auch Grund für einige Skepsis gegenüber solchen Versuchen habe. (...)"

Zusammenstellung: jöd

EU mündete. Seit dem 30.11.2002 sei der Ausnahmezustand in den letzten Provinzen der kurdischen Gebiete aufgehoben worden.

Seit den Verhandlungen um eine Beitrittsperspektive seien etliche Gesetzesveränderungen in Form der so genannten sieben Reformpakete ergangen, mit denen ca. 150 Paragraphen und Artikel nationaler Gesetze geändert wurden. Da das politische System der Türkei jedoch nur auf Forderungen der EU bezüglich eines möglichen Beitritts reagierte, existiere in der Türkei bei den entscheidenden Stellen keine umfassende Vision einer grundlegenden Demokratisierung, so dass einerseits die gesetzlichen Änderungen nur auf dem Papier bestehen würden und andererseits gesetzliche Änderungen sowie die dazu erlassenen Ausführungsvorschriften wiederholt geändert werden mussten, da im Nachhinein festgestellt wurde, dass sie unzulänglich seien.

1. Beispiel hierfür sei die Aufhebung des Verbots des Gebrauchs anderer als der türkischen Sprache in den Medien. Durch Gesetz sei am 3.8.2002 die Veröffentlichung auch nicht türkischer Medienberichterstattung theoretisch ermöglicht worden. Durch eine Verwaltungsvorschrift zu diesem Gesetz vom 18.12.2002 habe diese Gesetzesvorschrift starke Einschränkungen erfahren, wodurch sie ins Leere laufe. Hieraufhin sei das Gesetz nochmals geändert worden und im Februar 2004 seien neue Verwaltungsvorschriften zur Ausführung des geänderten Gesetzes erlassen worden, welche Inhalt und Form anderer als der in türkischer Sprache veröffentlichten Medienbeiträge regelten. Diese Entwicklung führe einerseits dazu, dass eine Umsetzung in der Praxis noch nicht erfolgte und zeige andererseits, dass es keine umfassende Idee einer Demokratisierung gebe und lediglich auf Impulse von außen reagiert werde. Insgesamt sei zu verzeichnen, dass sich sowohl die eingespielte zivile als auch die militärische Bürokratie gegen eine Umsetzung von Reformen in der Praxis wehre.

2. Nach 15 Jahren bewaffneten Konflikts sei die kurdische Bevölkerung durch zahlreiche Menschenrechtsverletzungen traumatisiert. 3 Millionen Menschen seien nach offiziellen, parlamentarischen Angaben aus ihren Siedlungsgebieten vertrieben worden, mindesten 3.400 Siedlungseinheiten seien zerstört worden. Die Regierung habe keinerlei Vorstellung von einer Wiedergutmachung. Die EU-Auflagen beinhalteten die Forderung nach einem Rückkehrprogramm für inländische Flüchtlinge bis zum Jahr 2004. Ein Gesetzentwurf hierzu existiere, dieser sei jedoch völlig unrealistisch. Im „Gebiet“ (damit sind die kurdischen Gebiete in der Türkei gemeint) gebe es 11 Rechtsanwaltskammern, welche zusammengekommen seien, um auf Grundlage ihrer Erfahrungen Anregungen zu einem Rückkehrpro-



Feierliche Eröffnung einer Schule für Kurdisch-Unterricht in Van.

gramm auszuarbeiten. Diese seien nach Ankara weitergeleitet worden, hätten aber keinerlei Beachtung gefunden. Eine Diskussion des ohne Einbeziehung von NGOs zustande gekommenen Gesetzentwurfes im Parlament stehe aus.

3. Das Dorfschützerystem als eine Art paramilitärischer Einheit sei bis heute unangetastet. Nach offiziellen Informationen des Innenministerium seien 58.511 Dorfschützer, ausgestattet mit Waffen des Staates, nach wie vor im Amt. Beim Vergleich der erwachsenen, wahlberechtigten männlichen Bevölkerung ausgewählter kurdischer Gebiete ergebe sich ein Verhältnis von 1/3 Dorfschützen zur Zivilbevölkerung: so in Sirnak (6836) und Hakkari (7643). Diese Zahlen ergäben sich durch die statistischen Erhebungen zur letzten Kommunalwahl.

Gegen 4.500 Dorfschützer seien bekanntermaßen Verfahren anhängig, wodurch ersichtlich sei, dass auch Straftäter in deren Reihen tätig seien. Es fände jedoch trotz Beitrittsverhandlungen zur EU keine effektive Strafverfolgung wegen Straftaten „im Amt“ statt, obwohl sich Dorfschützer durch Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung hervorgetan hätten.

Nach wie vor sei die Quote der Rechtsverletzungen durch staatliche Organe in den kurdischen Gebieten überdurchschnittlich hoch, dazu käme eine permanente Datenerfassung insbesondere durch militärische Kräfte.

4. Die Rechtsanwaltskammer Diyarbakir habe Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen eingerichtet und es sollen Fälle zu den letzt genannten Ausführung dokumentiert werden. In letzter Zeit ha-

be eine Kampagne stattgefunden, in deren Folge etliche Bürger die Eintragung ihrer eigentlichen kurdischen Namen bei Gericht beantragt haben. Daraufhin habe die Kommandantur der Gendarmerie ein geheimes Schreiben an Staatsanwaltschaften und Gerichte verschickt, mit dem sie eine Übermittlung sämtlicher Personendaten derjenigen Menschen forderten, welche die Umschreibung ihrer Namen in kurdische Namen beantragt hatten. Diese Liste sei ihnen auch ausgehändigt und damit seien all diese Personen registriert worden.

Ein Beispiel jüngerer Art (Mitte März 2004) betrifft ein Rundschreiben des Geheimdienstes der türkischen Armee an sämtliche Behörden und Provinzgouverneure, Listen von Personen zu erstellen, die als „Opposition“ eingestuft werden könnten

und sich separatistischer Bestrebungen verdächtig gemacht hätten. Als Kriterien für diese Einstufung wurden aufgeführt:

- Befürworter eines EU-Beitritts,
- freundschaftliche Beziehungen zu den USA,
- Intellektuelle, Schriftsteller und Journalisten,
- kurdenfreundliche Politiker,
- Angehörige von Minderheiten, die sich zu organisieren versuchten etc.

Derartige Informationen würden heimlich gesammelt und es sei nicht vorhersehbar, wann und wie sie zur Anwendung gelangten, um unliebsame Personen auszuschalten. Dies sei ein sehr großes Problem, da hierdurch nicht vorhersehbar sei, welche Informationen wann und aus welchem Grund zum Nachteil der entsprechenden Person zum Einsatz gelangen.

Als Beispiel für den nach wie vor repressiven Geist des Systems führte der Referent eines der gegen ihn selbst und drei Kollegen eröffneten Verfahren an:

Gegen vier Rechtsanwälte einschließlich seiner selbst seien Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, weil sie Betroffene von Dorfzerstörungen und Räumung bezüglich derer Wiedergutmachungsansprüche gegen den Staat anwaltlich vertreten hatten. Die Gendarmerie hätte sie als Anwälte wegen Verstoßes gegen das Berufsrecht angezeigt. Das Hauptverhandlungsverfahren wurde auch tatsächlich eröffnet. Auch wenn sie im Ergebnis freigesprochen worden seien, demonstriere dieses Vorgehen die geistige Haltung der staatlichen Behörden und ließe Rückschlüsse auf deren Haltung den eigentlich Betroffenen/Ver-

letzten gegenüber zu.

5. Eine der Gesetzesreformen garantiere den jederzeitigen Zugang zu einem Rechtsanwalt und habe die zulässige Höchstdauer der Polizeihaft verkürzt. Diese Vorschrift würde in den kurdischen Gebieten kaum umgesetzt. So hätten sie als Kammer 2003 eine Anfrage an die zuständige Staatsanwaltschaft in Diyarbakir gestellt, um die Zahl der registrierten Festnahmen sowie die Zahl derjenigen Personen über 18 Jahren, welche nach ihrer Festnahme einen Anwalt kontaktieren konnten, zu erhalten. Die Staatsanwaltschaft habe mitgeteilt, hierüber liegen ihr keine Angaben vor. Da die Staatsanwaltschaft Herrin des Ermittlungsverfahrens sei, müsse sie jedoch über derartige Erkenntnisse verfügen. Hieraus lasse sich schließen, dass Polizei und Gendarmerie nach wie vor etliche Personen festnimmt, ohne die Festnahme zu registrieren und dass die Dunkelziffer derjenigen, welche nicht von dem neuen Gesetz hätten profitieren können, als sehr hoch einzuschätzen sei. Nach den bei der Kammer geführten Statistiken und gewonnenen Erkenntnissen sei davon auszugehen, dass höchstens 5 % der Festgenommenen gestattet werde, einen Anwalt/in zu kontaktieren.

6. Zum Problem der Wiedereingliederung bewaffneter Kämpfer/innen in die Gesellschaft: die Regierung habe keinerlei Vorstellung, wie bewaffnete Kräfte des vergangenen bewaffneten Konflikts in das zivile Leben zurückgeführt werden könnten. Das in diesem Zusammenhang verabschiedete so genannte Reuegesetz, dessen Fristen am 06.02.2004 abliefen, sei untauglich. Es sei daher auch lediglich von ca. 3.200 Personen in Anspruch genommen worden, wovon sich die meisten Personen in Haft befunden hätten. Ca. 2000 der Antragsteller seien Angehörige der so genannten Hisbullahkräfte, lediglich ca. 1000 Personen seien solche, die im weiteren Sinne „linken“ Organisationen angehörten. In der Vergangenheit hätte es sechs ähnliche Gesetze dieser Art gegeben, welche ebenfalls keinen Erfolg gehabt hätten. Ziel sei es immer wieder gewesen, dass die betreffenden Personen „abschwören“ und „Geheimnisverrat“

praktizieren, auf diese Weise würde keine Reintegration bewirkt werden können. Derzeit gäbe es zwar keine bewaffneten Auseinandersetzungen, diese relative Ruhe sei aber gefährdet, wenn eine wirkliche Reintegration der Kämpfer/innen nicht angestrebt und umgesetzt werden. Da sie in den kurdischen Gebieten ein besonderes Interesse daran hätten, dass es nicht wieder zum Aufflammen des bewaffneten Kampfes käme, hätten die 11 Kammern des „Gebiets“ vor dem Zustandekommen des jüngsten „Reuegesetzes“ Vorschläge für einen Gesetzesentwurf ausgearbeitet und den zuständigen Stellen beim Justizministerium zukommen lassen. Sie hätten nie eine Antwort erhalten.

7. Es habe weitere Reformen im Bereich der Vereins- und Versammlungsfreiheit, der Meinungsfreiheit etc. gegeben, welche jedoch zumeist bis heute lediglich auf dem Papier bestünden.

**Vortrag Dr. Önder Özkalipci,
Menschenrechtsstiftung Türkei THIV,
Arzt im Folterrehabilitationszentrum
Istanbul, Facharzt der Gerichtsmedizin**

Einleitend beginnt der Referent mit dem Hinweis, dass der Kampf um Menschenrechte umfassend sei und global geführt werden müsse. Eines der wichtigen Instrumente im Kampf gegen Folter in der EU sei das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung (CTP – European Committee for the Prevention of Torture and Inhuman or degrading Treatment and Punishment), welches ohne Voranmeldung zu jeder Zeit an jedem Ort (z.B. Polizei/ Haftanstalten) Untersuchungen durchführen kann. Die hiernach gefertigten Berichte werden den Staaten zugeleitet und mit deren ausdrücklicher Genehmigung auch veröffentlicht.

Im Jahr 2000 wurde z.B. ein Bericht über die Massaker in türkischen Haftanstalten gefertigt, der von Menschenrechtsorganisationen in der Türkei wegen seiner Einseitigkeit sehr kritisiert worden sei.

Insbesondere seit den Beitrittsverhandlungen zur EU habe sich das Verhältnis zwischen Komitee und Menschenrechtsorganisationen und -aktivisten zunehmend getrübt, da festzustellen sei, dass das Komitee seit diesem Zeitpunkt beschönigende Berichte liefere. So tauche der Begriff der Folter exakt seit diesem Zeitpunkt in den Berichten des Komitees zur Türkei nicht mehr auf. Der letzte Bericht habe das erste Mal mit Zustimmung des türkischen Staates veröffentlicht werden kön-

nen, was im Juni 2003 geschah. Er beruhe auf Feststellungen, die während einer Reise des Komitees Ende 2002 in Polizeirevier und Haftanstalten in Ankara, Batman und Diyarbakir getroffen wurden.

Obwohl konkretisiert worden sei, dass Methoden wie schwere Schläge, Elektroschocks, Aufhängen, Bastonade, Quetschen der Hoden etc. durch staatliche Bedienstete auf den Revieren zur Anwendung gelangen, wird dies nicht mehr als „Folter“ eingestuft.

Dies belege eine eindeutig „politische“ Tendenz.

Es gebe zwei Organisationen in der Türkei, welche sich um die Behandlung von Folterüberlebenden kümmerten: THIV (Menschenrechtsstiftung/seit 1990) und TOHAV (Stiftung für gesellschaftliche Rechtsstudien).

TOHAV unterhalte lediglich in Istanbul eine Behandlungseinrichtung, THIV unterhalte in Istanbul, Ankara, Izmir, Adana (seit 1994) und Diyarbakir (seit 1998) Behandlungseinrichtungen.

Ca. 800 bis 1000 Menschen jährlich könnten türkeiweit kostenlos behandelt werden. Größere Kapazitäten, obwohl benötigt, ständen ihnen nicht zur Verfügung. Ca. 100 Ärztinnen und Ärzte würden ehrenamtlich mitarbeiten. Das staatliche Gesundheitssystem sei völlig unzulänglich und sie könnten mit ihren beschränkten Kapazitäten nur einen Teil der Behandlungsbedürftigen nach Folter und unmenschlicher Behandlung versorgen. Würde die Nachfrage noch größer, wäre die Arbeit nicht mehr leistbar.

THIV arbeite professionell auf zwei Gebieten: Behandlung und Dokumentation.

Aus diesem Grund sei die gegen THIV gerichtete Repression des Staates weniger hart, als zum Beispiel gegen den Menschenrechtsverein IHD, welcher sich in direkter Auseinandersetzung mit dem Staat um die Einhaltung von Menschenrechten befände. Dennoch seien Vorstandsmitglieder und Mitarbeiter THIVs mit zahlreichen Strafverfahren überzogen worden. Die letzte Verhandlung habe gerade erst vor 15 Tagen stattgefunden.

Bei der Behandlung von Folterüberlebenden würden zwei Kategorien unterschieden:

- diejenigen Menschen, die sich kurz nach der erlebten Folter zwecks Therapie an THIV wandten und
- diejenigen, welche erst kämen, nachdem z.T. lange Zeit vergangen sei (z.B. wegen anschließender Haft/Angst/ auftretenden Langzeitbeschwerden/ chronischen Beschwerden etc.).

Der Referent verdeutlicht seine Ausführungen im Folgenden anhand von Schaubildern.

2003 hätten sich 925 Menschen an THIV gewandt, davon 340 Personen der o.g. Kategorie a), 697 Männer und 228 Frauen.

Interessanterweise habe sich die Erscheinungsform der Folter in der letzten



Protestaktion in Mardin anlässlich eines Prozesses gegen 405 Soldaten wg. Vergewaltigung einer Kурdin

Zeit merklich verändert. So habe sich die Zahl derjenigen verringert, welche auf Wachen/Präsidien in der bekannten systematischen und Spuren hinterlassenden Art gefoltert worden seien, während sich die Zahl derjenigen erhöht habe, welche brutalen Foltermethoden außerhalb der Wachen ausgesetzt worden seien, z.B. nach Entführung oder inoffizieller Festnahme an unbekannten Orten/offenem Gelände, wobei nicht darauf geachtet werde, ob Spuren verbleiben. Kurzfristige/inoffizielle Festnahmen dieser Art seien häufig zu verzeichnen.

Auch habe die Brutalität bei Einsätzen gegen Demonstranten etc. zugenommen:

Häufig würden die Betroffenen an Ort und Stelle, z.T. in extra dafür bereit gestellten Fahrzeugen der Polizei, deren Fenster abgedunkelt seien, um die Misshandlungen den Blicken der Presse zu entziehen, so sehr geschlagen, dass es zu schwersten Verletzungen komme. Es könne beobachtet werden, dass diese Personen sodann freigelassen werden, ohne sie

Bei der staatlichen Operation von Gendarmerie und Polizei in 12 Haftanstalten der Türkei am 19.12.2000, welcher der Name „Rückkehr zu Leben“ verliehen wurde, kamen 32 Inhaftierte ums Leben. In Anlehnung an die Autopsieberichte trat der Tod durch Schüsse und Bombensplitter, bei 2 Personen durch Schüsse auf der Gendarmerie ein. Ziel der Operation war die Einführung des Isolationshaftsystems in türkischen Gefängnissen und in der Folge traten mehr als 1000 Gefangene in den Hungerstreik. Im Verlauf des Hungerstreiks sind bis heute 109 Menschen gestorben.

Um sich des Problems zu entledigen, gab es eine Anweisung von höchster Stelle, in deren Folge vorläufige Haftunfähigkeitsbescheinigungen gem. § 393 türk. StPO ausgestellt und innerhalb von nur 2 Wochen ca. 300 Personen ohne Einhaltung eines geregelten Verfahrens aus der Haft entlassen wurden. Zum Teil seien diese Menschen in äußerst kritischem Zustand (z.B. Abmagerung bis auf 35 kg) einfach vor die Tür gesetzt worden, ohne

weiterleben.

Mittlerweile, nachdem in der gesamten Türkei umfassende Verlegungen in die neuen Gefängnistypen durchgeführt worden sind, sei die Regierung wohl der Meinung, sie habe das Problem im Griff und die Haftverschonungsbeschlüsse würden aufgehoben. Zum Teil seien ihre schwersten Fälle (z.B. Verhaltenstand Dreijähriger aufgrund von Hirnschädigungen) ohne jede medizinische Grundlage von einem auf den anderen Moment für haftfähig erklärt und erneut inhaftiert worden. Nach unserer Meinung müssten diese Personen auf Dauer für haftunfähig erklärt werden, da aus medizinischer Sicht die erneute Inhaftierung (mangelnde Versorgung in den Haftanstalten) lebensgefährlich sei.

Manche der Patienten seien ins Ausland gegangen. Er habe dies zunächst für übertrieben gehalten, nach den Erfahrungen der erneuten Haftbefehle und Festnahmen ihrer Patienten sei er jedoch der Meinung, dass dies der einzige richtige Weg gewesen sei.

Sowohl Mitglieder von Menschenrechtsorganisationen als auch Ärzte, welche sich für diese Menschen eingesetzt haben, seien mit zahllosen Ermittlungs- und Strafverfahren überzogen worden. Insbesondere Angehörige, welche sich einsetzen, seien mit Verfahren wegen Unterstützung oder sogar Mitgliedschaft in illegalen Organisationen konfrontiert und zum Teil sei sogar Untersuchungshaft gegen sie verhängt worden. So sei z.B. der Bruder eines durch den Hungerstreik schwer geschädigten Patienten THIVs wegen seines Einsatzes für diesen in Untersuchungshaft gekommen, wo er selber aus Protest mit einem Hungerstreik begonnen habe und nun durch dessen Folgen ebenfalls schwer geschädigt sei.

Übersetzung und Protokoll: RAin Jutta Hermanns

Lesenswert:

1. Turkey: An end to torture an impunity is overdue, amnesty international 08.11.2001 (AI INDEX: EUR 44/072/2001)
<http://web.amnesty.org/library/print/ENGEUR440722001>
2. Turkey – Systematic torture continues in early 2002, amnesty international 01.09.2002 (AI INDEX: EUR 44/040/2002)
<http://web.amnesty.org/library/print/ENGEUR440402002>
3. Jahresberichte 2001, 2002 und 2003 des FrauenRechtsBüros gegen sexuelle Folter e.V., Berlin
www.womensrightsproject.de

Kontakt: Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V., Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Straße 4, 10405 Berlin, Tel.: 030-41723555, Fax: 030-41723557, Internet: www.rav.de



Demonstration gegen das Massaker in den Gefängnissen im Dezember 2000. Inzwischen sind bei den Hungerstreiks gegen Isolationshaft bereits 112 Menschen zu Tode gekommen.

zur Wache/ Präsidium zu verbringen. Es seien auch Fälle vorgekommen, dass Personen trotz schwerer Verletzungen zur Wache verbracht wurden, hier jedoch deren „offizielle“ Registrierung als Festgenommene abgelehnt wurde. Hierdurch solle vermieden werden, dass die Verletzungen der Polizei offiziell zurechenbar sind. Die Art des Vorgehens solle die Betroffenen abschrecken und einschüchtern.

Die Zeitspanne der Polizeihaft nach inoffizieller Festnahme habe sich verkürzt.

Alle Zweigstellen des THIV stehen unter Beobachtung und unterliegen der Telefonüberwachung. Da dies bekannt sei, hätten Betroffene häufig Angst, Kontakt mit dem THIV aufzunehmen oder aufrechtzuerhalten. Sie würden wegen der Überwachung den Kontakt meiden. Dieser Umstand habe auch schon des öfteren zum Abbruch einer begonnenen Therapie geführt.

dass zuvor einer weiteren Person Bescheid gegeben worden wäre. Insgesamt seien mehr als 600 Menschen vorläufig entlassen worden.

THIV habe die Behandlung eines Teils dieser Menschen begonnen, welche häufig an irreversiblen gesundheitlichen Schädigungen litten. In den Jahren 2001 bis 2003 hätten sich 563 Menschen an THIV gewandt und es seien ca. 217.000 Dollar für die schwierige und kostspielige Behandlung dieser Menschen aufgebracht worden. Der Großteil des Geldes sei aus Spenden speziell für diese Behandlung zusammengekommen. Die Behandlung insbesondere des so genannten Wernicke-Korsakow Syndroms müsse intensiv und über lange Zeit beginnend im ersten Jahr nach Auftreten des Syndroms erfolgen, da sonst lebenslange Schäden zu verzeichnen seien. Mindestens 65 der 563 dieser Patienten müssten mit lebenslangen Schädigungen schwerster Art

„Konfliktgemeinschaft“ mit slawischen Nachbarn

Von Franz-Karl Hitze

Über die EU-Osterweiterung ist in den vergangenen Monaten viel diskutiert worden. Unterschiedliche Gefühle und Meinungen wurden publiziert. Vieles wurde zerredet.

Rechtzeitig vor dem 1. Mai dieses Jahres, zur Aufnahme der zehn neuen EU-Mitglieder, hat Klaus Hemmo sein neues Buch „Der weite Weg nach Europa / Die Deutschen und ihre slawischen Nachbarn“ vorgelegt. Das Buch befasst sich sehr tiefgehend mit den Deutschen und den Polen in der Weiß-Schwarzen Geschichte gegen Rot-Weiß, der Zeit des „Eindeutschen und Abschiebens“ und der Wiedererrichtung Polens; den Deutschen und den Tschechen, vom Miteinander zum Gegeneinander und der grausamen Zeit, als hier die Losung „Heim ins Reich“ galt. Schließlich befasst sich der geborener Lausitzer auch mit den Deutschen und den Sorben. Ein Buch, das viel Nachdenken erzeugt und besonders im Bayerischen, aber auch in Sachsen viel Aufmerksamkeit finden wird. Hemmo war u.a. Ende April schon Gast beim Bayerischen Rundfunk und stand Rede und Antwort.

Der studierte Historiker erinnert zu Recht an die Geschichte der Gemeinsamkeiten, an die Geschichte der „Konfliktgemeinschaft“ der Deutschen, Polen, Tschechen und Sorben.

Der Autor hebt die Schlacht bei Liegnitz 1241 hervor, wo Deutsche und Polen Seite an Seite zur Abwehr der Mongoleneinfälle kämpften. Er weiß von der guten Nachbarschaft der deutschen Siedler im 13. und 14. Jahrhundert zu berichten, wo sie mit polnischen und tschechischen Bauern zumeist in guter Nachbarschaft

lebten. Vom August dem Starken und seinem Sohn ist die Rede, der im 18. Jahrhundert das fruchtbare Miteinander polnischer und deutscher Künstler und Bauleute förderte. Hemmo verweist auf die perversen Vorhaben Hitlers, „... den ost-europäischen Raum seinem germanischen Großreich einzuverleiben und dazu die slawischen Nachbarvölker weiter nach Osten umzusiedeln, sie zu Arbeits-sklaven zu machen oder zu eliminieren“. Jeder Tscheche habe im Hinterkopf, dass ein Sieg der Deutschen im Zweiten Weltkrieg für andere europäische Nationen nicht das Ende bedeutet hätte, sicherlich aber für die tschechische, zitiert er den Prager Botschafter in der BRD Frantisek Cerny.

Der Geschichte des kleinen slawischen Restvolkes, der Sorben, ist ein besonders Kapitel gewidmet. Auch seine Vernichtung durch Zwangsumsiedlung war Bestandteil im berüchtigten „Generalplan-Ost“, den SS-Chef Himmler 1942 verfügt hatte. Dieses Kapitel ist mit besonderer Liebe geschrieben. Er erinnert, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Lausitz von Deutschland getrennt werden oder an die Tschechoslowakei angeschlossen werden sollte. Heute gilt es, die letzten typisch sorbischen Dörfer von dem Abriss-Bagger zu schützen.

Zum Schluss verweist der Autor auf das lange Gegeneinander der Völker, das nach endgültiger Versöhnung schreit. „Erst dann werden auch die Bürger unserer Länder mit ihren Herzen dort ankommen, wo ihre Regierungen – von der politischen Vernunft und dem ökonomischen Sachverstand gezwungen – bereits angelangt sind: im gemeinsamen Europa. Doch das wird dauern,“ schlussfolgert Klaus Hemmo realistisch.

Der Autor liefert eine anspruchsvolle, gut recherchierte und journalistisch fließend geschriebene Arbeit.

Klaus Hemmo: Der weite Weg nach Europa / Die Deutschen und ihre slawischen Nachbarn, Patmos Verlagshaus, Düsseldorf 2004, geb., Schutzumschlag, 234 S. mit 3 Karten, Euro 19,90, ISBN 3-538-07180-2



Das Verbrechen von Lidice, 27. Mai 1942

Die Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in und bei der PDS lädt ein

Linke Sommerschule 2004

Kurs Wirtschaft: Organisation der Weltwirtschaft

Im Winterkurs hatten wir begonnen, uns mit der Organisation der Weltwirtschaft zu beschäftigen. Bei der Diskussion klassischer und neuer Schriften (von Adam Smith 1776 bis Stiglitz 1999) wurden die Effektivitätsgewinne deutlich, die sich dem Wirtschaften durch internationale Arbeitsteilung erschließen (siehe *PB** Nr. 6/2004, Seite 16). Es wurde aber auch deutlich, dass diese Wirtschaftsprozesse ihrerseits internationale Rechts- und Ordnungsvorstellungen voraussetzen, d.h. auch internationale Abkommen und internationale Institutionen. Parallel entstehen Demokratiedefizite. Autoritäre und imperiale Ordnungsvorstellungen bestimmen eine Realität, die nur mit Hängen und Würgen zu dem geordneten Umfeld taugt, in dem zweckrationale Individuen ihren Interessen gemäß handeln. Bereits im Winter konnten wir aus vorliegenden Dokumenten sehen, dass die handelnden Akteure der Weltwirtschaft, insbesondere die Repräsentanten ihrer Institutionen, derartige Probleme reflektieren.

Einem ersten Teil des Sommerseminars wollen wir deswegen darauf verwinden, Problemsichten aus diesen Kreisen nochmals bzw. neu aufzunehmen und uns Forderungen, Erwartungen und Hoffnungen, die aus sozialen und emanzipativen Motiven entstehen, bekannt zu machen. Dazu wollen wir uns unter anderem mit folgende Texten auswerten:

a) Horst Köhler (IWF-Direktor): Orientierungen für eine bessere Globalisierung, Vortrag, Tübingen, 16. Oktober 2003

b) OXFAM: Unsere Rechte im Ausverkauf. Frauenrechte in globalen Lieferketten von Bekleidungsunternehmen und Supermärkten, 2004, und/oder Texte zu Unternehmenskodizes und ILO-Kernarbeitsnormen aus dem Buch: „Arbeitnehmerrechte in einer globalisierten Welt“, Jahrestagung 2003 der Otto Brenner Stiftung, VSA-Verlag 2004

c) Prof. Christoph Scherrer / Dr. Thomas Greven, Sozialstandards im internationalen Handel, Kurzgutachten für die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft ...“ des Bundestags, Juni 2001

d) Klaus Liebig, Der Schutz geistiger Eigentumsrechte in Entwicklungsländern: Verpflichtungen, Probleme, Kontroversen (TRIPS), Gutachten für die Enquete-Kommission „Globalisierung der Weltwirtschaft ...“ des Bundestags, 2001

e) BMZ-Diskussionspapier: Post-Wa-

shington-Consensus, einige Überlegungen, April 2004.

Das Studium und die Diskussion dieser Texte wird etwa den Zeitraum von Donnerstag Mittag bis Freitag Abend umfassen mit dem Ziel, das Szenario der Erwartungen, in dem wirtschaftlich gehandelt wird, anschaulich zu machen. Ergänzt werden soll diese Diskussion um eine Übersicht darüber, worin eigentlich stofflich und wertmäßig der internationale Handel derzeit besteht, zwischen welchen Akteuren und Regionen er vor allem abgewickelt wird.

In einem zweiten Teil wollen wir überprüfen, ob die analytische Vorstellung, nach der Wirtschaftssubjekte als „Systeme“ bzw. „Subsysteme“ zu begreifen wären, die Informationen aus der Umwelt – gemeint ist damit die gesamte soziale und physische Welt – verarbeiten, näher an die Frage heranführt, wie „die Umwelt“ auf das Handeln der Wirtschaftssubjekte bzw. -systeme steuernd eingreifen kann.

Dazu wollen wir Schriften von Luhmann und/oder Wilke heranziehen. Eine Auswahl muss noch getroffen werden.

Die Frage der Steuerung liefert einen Zugang zu den unterschiedlichen Verfahren, die bei der Steuerung privater Unternehmen bzw. bei der Steuerung öffentlich-rechtlich organisierter Wirtschaftstätigkeit wirksam sind.

Damit wollen wir uns heranarbeiten an die – auch in der Globalisierungsdebatte heftig umstrittene – Frage, welche Güter als öffentliche Güter und welche als Marktgüter bereitgestellt werden sollen. Es geht dabei auch um die Frage, ob öffentliche Güter durch Aufträge an private Firmen bereitgestellt werden sollen bzw. können.

Vor allem die Verfahren der Steuerung sind es, die sich z.B. ändern, wenn ein Krankenhaus von der Form eines „kommunalen Eigenbetriebs“ auf die Rechtsform „GmbH“ umgestellt wird. Wir werden versuchen, ein Beispiel einer solchen Umstellung für die Diskussion zu erschließen. Allgemein wollen wir versuchen, die Debatte über „öffentliche Güter“ versus Unterwerfung unter das Marktgeschehen, wie sie in der Globalisierungsdebatte auch stattfindet, am Beispiel der Gesundheitspolitik (Patente) etc. was zu vertiefen.

Als Referenz zu der internationalen wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion werden wir Stiglitz • Schönfelder, Finanzwissenschaft, R. Oldenbourg Verlag München Wien, Dritter Nachdruck 2000 benutzen. (Siehe auch Rezension in Politische Berichte Nr. 19/2003, Seite 22) Da das 770 Seiten umfassende Buch nicht billig ist (50 Euro), werden wir ausgewählte Passagen zur Verfügung stellen.

Nachdem nun nicht nur die eine Europäische Linkspartei gegründet ist, sondern auch die PDS wieder im Europaparlament vertreten sein wird, wird in den kommenden Jahren der Zusammenhang von Steuerungsmaßnahmen, die auf der EU-Ebene angesetzt werden, zu Maß-

nahmen, die auf der kommunalen bzw. regionalen oder Landes-Ebene angesetzt werden, zunehmend praktisch bedeutsam. *Martin Fochler, Rüdiger Lötzer*

* Die jeweils hier genannten Ausgaben der Politischen Berichte sind als PDF-Datei zugänglich unter: <http://www.gnn-archiv.staticip.de/> Auf Wunsch können die Artikel bei Anmeldung auch gegen Kostenerstattung zugesandt werden.

Kurs Philosophie: Bildung und Erziehung

Angesichts der mit PISA zutage getretenen Krise des Bildungswesens und der daran anknüpfenden Diskussionen hatte sich der Philosophiekurs im Winter vorgenommen, sich im Sommer mit der Frage der Erziehung und Bildung auseinander zu setzen.

Sowohl im Kurs Wirtschaft wie auch im Kurs Geschichte wurde das Bildungswesen bereits einmal thematisiert. Überschneidungen sind möglich, aber eher geringfügig.

Was ist, was soll Erziehung? Wozu soll sie befähigen? Wie sind die Institutionen der Erziehung und Bildung beschaffen, wie sollten sie beschaffen sein? Welche Anforderungen an Bildung stellt die gesellschaftliche Entwicklung? Welche Bildungsvorstellungen liegen im Konflikt? Welchen Änderungen unterlagen und unterliegen sie? Was sagen sie über das Verhältnis von Gesellschaft und Individuum und seine Veränderungen aus?

Es zeichnet sich ab, dass wir mit einem Kurs nicht auskommen werden, wenn wir die zahlreichen Fragestellungen und Gesichtspunkte befassen und uns auch in die Lage versetzen wollen, Position in der Nach-PISA-Diskussion zu beziehen.

Für den Sommerkurs sind drei Schwerpunkte geplant:

Zunächst wollen wir uns mit dem klassischen humanistischen Konzept der bürgerlichen Allgemeinbildung auseinandersetzen, ein Konzept, das den emanzipatorischen Ansatz umfassender Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten mit dem Gedanken gesellschaftlicher Leitungstätigkeiten verknüpfte.

Sodann wollen wir das Erziehungssystem mit Hilfe der Systemtheorie in den Blick nehmen.

Drittens gehen wir der Frage nach, auf welche Weise die familiäre Herkunft auf die Bildungslaufbahn der jungen Menschen durchschlägt, warum das Bildungssystem den Anspruch nicht einlöst, Bildungserfolg unabhängig von Herkunft und Lebenslage zu ermöglichen.

Die Fragestellung von PISA, die unterschiedlichen Schlussfolgerungen, die in der Diskussion daraus gezogen werden, und die sich ändernden Anforderungen an das Bildungssystem wären dann Thema des Philosophiekurses im Winter.

Für den Sommerkurs ziehen wir Texte u.a. von Humboldt, Schleiermacher, Adorno, Luhmann, Bourdieu heran. Insbesondere für den dritten Teil werden noch Texte gesichtet, Vorschläge sind er-

wünscht.

Die Texte liegen zu Kursbeginn vor. Wie immer lesen und erörtern wir sie gemeinsam. *Christiane Schneider*

AG Geschichte: Medien und Krieg

Dieses Thema lässt angesichts der jüngsten Ereignisse nichts an Aktualität und Brisanz zu wünschen übrig. Da ist zum einen die Vermarktung fingierter Kriegsgründe im Vorfeld des Irakkrieges in den Medien und zum anderen nun die Aufdeckung von Folter, begangen durch die amerikanischen Besatzungstruppen, durch die Medien. Hier drängt sich die Frage auf nach der unterschiedlichen Funktion von (Massen-)Medien im Hinblick auf die Vorbereitung und Führung oder auch Verhinderung und Ächtung von Krieg(en).

Ausgehend von einem Überblick über die Entwicklung der Massenmedien wird sich die AG Geschichte beginnend mit dem Ersten Weltkrieg mit folgenden Kernfragen der Thematik beschäftigen:

Was für (Massen-) Medien gab bzw. gibt es, welche gesellschaftliche Rolle bzw. Bedeutung haben bzw. hatten sie?

Wie versucht(e) Herrschaft (die) Medien im Hinblick auf Vorbereitung und Führung von Kriegen im eigenen Interesse zu nutzen?

Wie wirksam erwies bzw. erweist sich dies vor dem Hintergrund der jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen?

Welche Möglichkeiten zur Entstehung bzw. Schaffung medialer Gegenmacht gegen Krieg gab bzw. gibt es?

Ausgehend von diesen Kernfragen wird die Thematik auch an den (zeit-)geschichtlichen Beispielen des Vietnamkrieges, des Golfkriegs 1991 und des NATO-Krieges gegen Jugoslawien unter Verwendung von Texten, Dokumenten und Filmmaterial diskutiert. Als Referent zum Thema ist der Journalist und Autor Eckart Spoo angefragt. *Die Vorbereigungsgruppe*

Wann? Donnerstag, 29. Juli, Beginn der Kurse 14.00 Uhr, bis maximal Sonntag, 1. August, Ende im Laufe des Vormittags

Wo? Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen, Telefon (0 36 32) 78 22 59

Die Übernachtung kostet pro Person und Tag im Doppelzimmer 17 Euro, im Einzelzimmer 22 Euro. Die Kosten für die Verpflegung belaufen sich auf 4 Euro für das Frühstück (5 Euro für erweitertes Frühstück), Anmeldung für Halb- bzw. Vollpension vor Ort.

Anmeldung möglichst bald&verbindlich:

• Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel: (0 40) 43 18 88 20, Fax: (0 40) 43 18 88 21, eMail: gnn-hhsh@hansenet.de (Urlaub bis 28.6.) *Oder bei*

• PDS-Landesvorstand Thüringen, Eugen-Richter-Straße 44, 99085 Erfurt, Tel.: 0361/ 60 111 30, email: pds-thueringen@t-online.de

18. – 20. Juni, Freiburg: *Jahreskongress der Bundesarbeitsgemeinschaft der kritischen Juragruppen (BAKJ)*, Infos: <http://www.akj-freiburg.de> Kontakt: Bundesarbeitsgemeinschaft der kritischen Juragruppen (BAKJ) c/o Lena Dammann, Schwenckestr. 74, 20255 Hamburg, E-Mail: bakj@bajk.de Internet: <http://www.bakj.de>

27. Juni: *Kommunalwahl in Thüringen*.

28./29. Juni, Istanbul: *NATO-Gipfel und Gegenaktionen*

3./4. Juni, Hamburg: Konferenz: „*Wissenschaft und Anti-Ziganismus*“. Das versagen des wissenschaftlichen Denkens in der Roma- und Sinti-Forschung Ort: Universität Hamburg / Greeve Bau. Unter anderem werden folgende Themen erörtert: „Antiziganismus in der Literatur“, Die Geschichtswissenschaft und die Sinti und Roma, „Die vorurteilsfreie Geschichte der Roma und Sinti“, Anders denken, als man denkt: >Bildloses Denken< in der Roma-Forschung. Eine Zumutung“

29. Juli bis 1. August: *Linke Sommerschule* der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung in Sondershausen, Thüringen

28./29. August, New York: *Nationalversammlung der Republikaner* in New York. Die Friedensbewegung mobilisiert für den Abzug aus dem Irak und will über 1 Million Menschen auf die Straße bringen.

1. September, Aachen: *Verleihung des „Aachener Friedenspreises“ 2004* an Eren Keskin (Istanbul/Türkei, Menschenrechtsanwältin) und Petersburger Soldatenmütter (Russland), 19 Uhr, Aula Carolina, Pontstraße, Details: <http://www.aachener-friedenspreis.de/preistraeger/2004/2004.html>, VA: Aachener Friedenspreis <http://www.aachener-friedenspreis.de>

2.-3. September, Hamburg: Stiftungs-Kongress 2004: *Leben in der Stadt. Neue Orte, neue Wege, neue Perspektiven*. Stiftung Lebendige Stadt, www.lebendige-stadt.de

5. September: *Landtagswahl im Saarland*

19. September: *Landtagswahl in Brandenburg und Sachsen*

26. September: *Kommunalwahl in NRW*

27. September bis 1. Oktober, Hamburg: *Menschen in der Illegalität: Lebensbedingungen von Papierlosen als Herausforderung für die Kommunen* Kriminologische Studienwoche. Es wird geschätzt, dass derzeit bis zu 1 Million Menschen illegal in Deutschland leben. Diese „illegalen MigrantInnen“ sind entweder ohne Aufenthaltsverlaubnis nach Deutschland eingereist oder haben sie hier verloren – sie sind „Papierlose“, die sich von allen anderen Zuwanderergruppen dadurch unterscheiden, dass ihr bloßer Aufenthalt bereits einen Rechtsbruch darstellt. Diese Menschen kommen weder in dem Koalitionsabkommen der regierenden Parteien vor, noch im Zuwanderungsgesetz – und bisher auch nicht in der Kriminologie. Gleichzeitig werden Jahr für Jahr mehr personelle und finanzielle Ressourcen zur Abwehr illegaler Migration eingesetzt. Die Lebenssituation und die Lebensbedingungen dieser Menschen sind dagegen in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt. Auch die Rückwirkungen der Abwehr von MigrantInnen und der Suche nach „Illegalen“ für Demokratie und Rechtsstaat bleiben öffentlich und diskutiert. In der vom Institut für Kriminologische Sozialforschung der Universität Hamburg geplanten Studienwoche wird gemeinsam mit ReferentInnen verschiedener Disziplinen erörtert, wie aus einem humanitären Problem ein ordnungspolitisches wird, wie sich der strukturelle und individuelle Kontext illegaler Migration darstellt, der Diskurs der Verbindung von „Migration und Kriminalität“ entwickelt hat, die Themen „Schleusung“

und „Grenzregimeentwicklung“ diskutiert werden und wie sich die Lebenssituation „Papierloser“ im Bundesvergleich gestaltet. Zudem werden aktuelle Studien zum Umgang verschiedener deutscher Städte mit den in der Illegalität lebenden Personen vorgestellt und Legalisierungsprogramme im europäischen Vergleich diskutiert. Mit der Studienwoche soll der Erfahrungs- und Informationsaustausch derjenigen unterstützt werden, die mit dieser Thematik in Berührung kommen (der Bereiche Sozialarbeit, Polizei, Justiz, Medizin u.v.a.m.). Wie sehen sich die verschiedenen Professionen – von der Strafverfolgung über die Kirche bis zur Schule – damit konfrontiert? Welche Schwierigkeiten ergeben sich in ihrer Arbeit? Welche Handlungsmöglichkeiten haben PraktikerInnen und kommunalpolitisch Aktive? Dies sind nur der zentralen Fragen, denen in dieser Woche in einer interdisziplinären Runde nachgegangen werden wird.

Veranstaltungsort: Universität Hamburg, Flügel Ost, Raum 222. Edmund-Siemers-Allee 1, 20146 Hamburg.

Anmeldeschluss: 24.06.2004 Leider kostet das Ganze 248 Euro.

Veranstalter: Institut für Kriminologische Sozialforschung (IKS)

Arbeitsstelle für wissenschaftliche Weiterbildung der Universität Hamburg (AWW)

Ansprechpartner: Bettina Paul Universität Hamburg, Institut für Kriminologische Sozialforschung, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg, Tel.: 040/42838-3322; Sekretariat: 040/42838-3329; Fax.: 040/42838-2328 bettina.paul@uni-hamburg.de

2. Oktober, Kiel: *Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) Bündnis 90/Grüne*

30./31. Oktober: *Parteitag der PDS*

31. Oktober, Brüssel: *Die Amtszeit der EU-Kommission endet*

2. November: *Präsidentschaftswahlen in den USA*

3./4. Dezember, Berlin: *10. Kongress Gesundheit und Armut*. Der Austausch über Wissensstand, Entwicklungen und Lösungsansätze zu der übergeordneten Problematik „Armut und Gesundheit“ wird auf dem Kongress in folgenden Themenbereichen vertieft: – Kinder- und Jugendgesundheit – Gesundheitliche Versorgung Wohnungsloser – Migration und Gesundheit – Altersarmut und Gesundheit – Arbeitslosigkeit und Gesundheit – Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung – Abbau ungleicher Gesundheitschancen – Sucht und Armut – Patienteninteressen und Disease Management – AIDS und Armut – Behinderung und Armut – Armut- und Gesundheitsberichterstattung – Gesundheitsziele gegen Armut – Neue Strukturen für Gesundheitsförderung – Internationale Debatten zu Armut und Gesundheit

ITI – Initiative Internationales Tribunal der Völker über die Aggression gegen den Irak (ITI)



Deutsche Auftaktkonferenz in Berlin
am Samstag, 19. Juni 2004
Gewerkschaftshaus, Keilstr. 1 - 3

9:00 Uhr – 9:30 Uhr: Begrüßung und Einleitung
Panel I: 9:30 Uhr – 11:00 Uhr:

Der Angriffs-Krieg als Verbrechen: • Der Irakkrieg und das internationale Recht. Bedrohungslügen, „Präventivkriegsdoktrin und die Doktrin der „humanitäre Intervention“. Prof. Dr. Norman Paech • Der Krieg vor dem Krieg. Die Irakpolitik der USA in den 90er Jahren: Sanktionen, Embargo, Flugverbotszonen, Bombardements etc. und die Mitverantwortung von UNO, Deutschland und anderer Verbündeter der USA. Dr. Hans v. Sponeck • „Conspiracy and Crimes against Peace“. Die Verschwörung zum Angriffs-Krieg und das Verbrechen gegen den Frieden. Prof. Lennox Hinds (Internat. Association of Democratic Lawyers) . Rolle der Bundesrepublik Deutschland. Überflugrechte, Einbeziehung der in Deutschland befindlichen US-Basen. Einsatz von Bundeswehrsoldaten auf Awacs-Flugzeugen in der Kriegsregion und

in US-Kasernen in Deutschland. Prof. Gregor Schirmer

Panel II 11.00 Uhr – 12.00 Uhr:

Anhörungen in anderen Ländern

Bericht u.a. über Anhörungen in England, Japan, Belgien, den USA und Russland von:

Panel III: 13.00 Uhr – 15.30 Uhr:

Ermittlungen über Verbrechen im Krieg und unter Besatzung. Irakische Opfer, Augenzeugen, Dokumente, Sachverständige. Über Plunderungen, Brandschatzungen, Tötung verwundeter Iraker, Folter, Menschenrechtsverletzungen

Projektgruppen: 15.30 Uhr – 17.30 Uhr: • 1. Situation unter Besatzung • 2. Einsatz von geächteten Waffen, Umweltschäden • 3. Besatzungsherrschaft, wirtschaftliche Maßnahmen • 4. Deutsche Kriegsbeteiligung • 5. Internationale Tribunalbewegung